



## SPANIEN

Wenn Frauen streiken

5

## ÖKONOMIE

Mehr Ausbeutung durch  
Flexibilisierung

10/11

## REPRESSION

Wir lassen uns nicht  
unterkriegen

13

## ÜBERWACHUNG

Schnüffeln leicht  
gemacht

14



## Die Türkei bombardiert, die Schweiz investiert

**GLOBALER KAPITALISMUS Es ist ein Irrtum davon auszugehen, dass die politische Lage in der Türkei der Wirtschaftsbeziehung zwischen der Schweiz und der Türkei schaden würde. Schweizer Unternehmen profitieren in verschiedenen Bereichen von der türkischen Politik.**

(az) In seiner aktuellen Länderbeschreibung vermerkt das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA), dass die Schweiz 2015 die 12. Stelle der wichtigsten internationalen Investoren in der Türkei einnahm. Dieser Trend hält trotz politischen Krisen scheinbar nahtlos an: «2016 betrug das Handelsvolumen 5,3 Milliarden CHF. Das Investitionsvolumen der Schweiz in der Türkei belief sich

2015 auf 2,6 Milliarden CHF, inklusive der Bereitstellung von 15'242 Arbeitsplätzen.» Und auch 2017 war ein gutes Jahr für Schweizer Unternehmen in der Türkei, so zumindest vermerkt dies ein weiterer offizieller Wirtschaftsbericht aus der Schweiz. Dass die politische Lage in der Türkei nicht vor Investitionen und Profiten ablenkt, hat einen einfachen Grund. Erdogans repressive Politik verhindert die optimalen Ausbeutungsbedingungen nicht, sondern forciert diese vielmehr. Der türkische Präsident brachte dies vor einem Jahr in einer Rede zum Ausnahmezustand selbst treffend auf den Punkt, indem er erklärte, letztlich im Interesse der Wirtschaft zu handeln: «Wir haben den Ausnahmezustand verhängt, um dafür zu sorgen, dass die Wirtschaft problemlos funktioniert. Hat denn die Wirtschaft irgendwelche Probleme gehabt wegen dem Ausnahmezustand? Wir nutzen den Ausnahmezustand dazu, um Streiks zu verhindern.»

Von dieser Situation profitiert auch das in der Türkei ansässige Schweizer Kapital.

### Die Politik des Marktes

Es gibt etliche Schweizer Firmen, die mit kleineren bis mittleren Produktionsstandorten in der Türkei vertreten sind, darunter beispielsweise Nestlé, Novartis, ABB, Oerlikon, die medizinischen Zulieferer Coltene und LifeWatch, der Industriekonzern Georg Fischer, Baumaschinenhersteller Ammann oder die Technologieunternehmen Komax und SFS. Die meisten von ihnen sind in der Türkei keine grossen Wirtschaftsplayer, und doch verdeutlichen sie gut, wie sich das Kapital eine jeweilige politische Lage zunutze machen kann.

Fortsetzung auf Seite 7

POLITISCHE GEFANGENE

**Repression gegen AnarchistInnen und AntifaschistInnen in Russland**

Der russische Inlandgeheimdienst (FSB) startete im letzten Herbst im Rahmen einer massiven Repressionswelle mehrere Angriffe gegen linke Projekte und Personen. Dabei kam es zu mehreren Hausdurchsuchungen, Verhaftungen und verschiedenen Fällen von Folter.



Den Auftakt dieser Welle stellen sechs Verhaftungen in Pensa, einer etwa 500 km südöstlich von Moskau gelegenen Stadt, dar. Als Grund für die Verhaftungen dient dem russischen Inlandgeheimdienst der Vorwurf der Planung und Vorbereitung von terroristischen Aktionen. Nur gibt es dafür bislang keinerlei Beweise, ausser dem Interesse der Verhafteten für Airsoft-Spiele. Da diese in den Augen des FSB zweifelsfrei zur Vorbereitung «terroristischer Taten» dienten, wertete der FSB die dürftige Beweislage durch das Erpressen von Geständnissen auf. Dafür wurden die Gefangenen über Monate gefoltert – mit Tritten, Schlägen und Stromschlägen. Damit hatte der FSB aber nicht genug. Anfangs Jahr wurden die Angriffe fortgesetzt. Unter demselben Vorwand wurden in St. Petersburg zwei AnarchistInnen verhaftet. Es wurde wieder gefoltert – in einem Fall wurde der Antifaschist in einen nahegelegenen Wald verschleppt. Zurück blieben gravierende Folterspuren am Körper des Entführten.

Die Angriffe auf GenossInnen aus verschiedenen Zusammenhängen setzten sich fort. Unter anderem kam kurz vor Redaktionsschluss dieser Ausgabe es zu mehreren Verhaftungen von anarchistischen und kommunistischen GenossInnen auf der Krim.



**Aufbau**  **Vertrieb**  
An- und Verkauf proletarischer und kommunistischer Literatur

<b>BASEL</b> Bläsiring 86 Öffnungszeiten auf Anfrage E-Mail: basel@aufbau.org	<b>ZÜRICH</b> Kanonengasse 35 (im Hinterhaus, Eisentreppe) Samstags von 12 bis 17 Uhr
--	--

ZENTREN DES REVOLUTIONÄREN AUFBAU

**Zentrum vom Revolutionären Aufbau Basel**

Bläsiring 86 (Parterre) in Basel  
Öffnungszeiten auf Anfrage  
E-Mail: basel@aufbau.org

**Kontakt Revolutionärer Aufbau Winterthur**

Grenzstrasse 38 in Winterthur  
winterthur@aufbau.org

**Zentrum vom Revolutionären Aufbau Zürich**

Meinrad-Lienerstrasse 15 in Zürich  
im Aufbau-Vertrieb an der Kanonengasse 35 (Hinterhaus)  
jeden Samstag von 12 bis 17 Uhr

IMPRESSUM

**Herausgeberinnen**

Revolutionärer Aufbau Zürich, Postfach 8663, 8036 Zürich  
Revolutionärer Aufbau Basel, basel@aufbau.org  
Revolutionärer Aufbau Winterthur, winterthur@aufbau.org

**Redaktion (red)**

Revolutionärer Aufbau Basel (rabs), Revolutionärer Aufbau Winterthur (raw),  
Gruppe politischer Widerstand Zürich (gpw), Gruppe Arbeitskampf Zürich (az),  
Arbeitsgruppe Antifa Basel (agafbs), Arbeitsgruppe Antifa Zürich (agafz),  
Arbeitsgruppe Klassenkampf Basel (agkkbs),  
Arbeitsgruppe Klassenkampf Zürich (agkkz), Arbeitskreis ArbeiterInnenkämpfe (akak),  
Arbeitskreis Frauenkampf (akfk), Frauen-Arbeitsgruppe (agf), Frauenkollektiv (fk)  
Rote Hilfe International (rhi), Arbeitsgruppe Jugend Zürich (agj)

**Redaktion und Vertrieb Schweiz**

aufbau, Postfach 8663, 8036 Zürich, PC-Konto 80-33638-5  
Internet: www.aufbau.org, E-Mail: info@aufbau.org



Frauen\*demo 2018 an der Langstrasse in Zürich.

**Editorial**

**D**er Schwerpunkt der Zeitung, die du gerade in der Hand hältst, steht ganz im Zeichen der internationalen Solidarität. Die türkische Armee, gemeinsam mit ihren islamistischen Verbündeten, hat zwar die Stadt Afrin eingenommen. Der Widerstand gegen diesen Aggressionskrieg geht aber sowohl in Rojava, wie auch international – auch hier in der Schweiz – weiter. Während in Rojava YPG und YPJ zu einem Guerillakrieg gegen die Besatzung übergegangen sind hat international schon lange kein Thema mehr zu so viel praktischer Solidarität geführt: Kaum ein Tag an dem in Basel, Bern, Zürich – oder in unzähligen anderen Orten nicht Menschen auf die Strasse gegangen sind um zu zeigen, dass die Menschen in Afrin nicht alleine kämpfen. Seite 6 und 7 sind diesem Thema gewidmet mit einem speziellen Augenmerk auf den Profiteuren dieses Krieges hier in der Schweiz.

**E**in weiteres Schwergewicht der Zeitung bilden die Seiten 10 und 11 – sie befassen sich mit einer Entwicklung, die im Moment in aller Munde ist: Was ist die Digitalisierung und was bedeutet sie für uns? Sie stellt Schreckgespenst für die Einen und Entwicklung mit viel Potenzial für die Anderen dar – diese Doppelseite ist ein Versuch, fundierter auf gewisse Aspekte dieser Diskussion einzugehen.

**I**m Weiteren berichten wir über Sozialabbau und Repression, Imperialismus und Überwachung. Unsere eigene Seite kommt dabei klar zu kurz. Dies kann als Zeichen dafür gewertet werden, dass progressive und revolutionäre Kräfte sich gegenwärtig in der Defensive befinden. Und dennoch bietet gerade der 1. Mai als internationaler ArbeiterInnenkampf eine Gelegenheit, kurzfristig aus dieser Defensive auszurechnen und die eigene Seite zu stärken. Es ist der Tag, an dem sich alle politischen Kräfte auf der Strasse vereinen. Es kommen all jene Kräfte zusammen, die sich das ganze Jahr hindurch politisch bewegen. Es ist deshalb auch jener Tag, der uns als aktive politische Menschen etwas bewusst machen kann: Dass unsere kleinen Kämpfe, mögen sie noch so wirkungslos erscheinen, Teil eines grossen und internationalen Kampfes sind.

**D**er 1. Mai ermöglicht es uns, verschiedene tatsächlich existierende Kämpfe zu verbinden. So können wir positiv mit einem Rückblick auf den 8. März schliessen. Viele Frauen sind weltweit auf die Strasse gegangen, wir berichten auf den Seiten 4 und 5 und wünschen gute Lektüre mit der vorliegenden Ausgabe.

**Für neue Leserinnen und Leser**

Der aufbau ist die dreimonatlich erscheinende Zeitung des Revolutionären Aufbaus Schweiz. Sie schafft Öffentlichkeit für soziale Bewegungen, gibt Orientierung gegen die herrschenden Ideologien, ist internationalistisch und berichtet parteiisch aus den Bereichen Widerstand, Arbeitskämpfe, Frauenkampf, Migration, Antifaschismus, proletarischer Internationalismus, politische Gefangene, Aufstandsbekämpfung und Rote Hilfe.

Der aufbau will zu einer Stärkung linker Antworten beitragen auf die Widersprüche des gegenwärtigen Kapitalismus, auf weltweit wachsende Klassenwidersprüche, auf menschenfeindliche neoliberale Ideologie, auf Ressourcenknappheit und einen Aufschwung imperialistischer Kriege. Zu diesem Zweck zitiert der aufbau u.a. Karl Marx, gemäss dem die kapitalistische «Gesellschaft kein fester Kristall (ist), sondern ein umwandlungsfähiger und beständig im Prozess der Umwandlung begriffener Organismus». In diesen Umwandlungsprozess gilt es revolutionär einzugreifen zugunsten einer sozialistischen, perspektivisch kommunistischen Gesellschaft.

Auf deine kritische Meinung und aktive Beteiligung sind wir angewiesen. Schreib uns!

# Syrien – Machtpoker auf Kosten des kurdischen Volkes

**AFRIN Die Türkei setzt auf Russland und den Iran. Rückzug der USA aus Manbidsch. Auch die schweizer Wirtschaft profitiert vom Krieg in Afrin.**

(rabs) Im Anschluss an die von Russland ins Leben gerufene „Friedenskonferenz“ anfangs dieses Jahres trafen sich die Aussenminister Russlands, des Irans und der Türkei Mitte März erneut in Astana, der Hauptstadt Kasachstans. In der abschliessenden Erklärung betonte der iranische Aussenminister Mohammad-Dschawad Zarif den «gemeinsamen Kampf gegen den Terrorismus». Gleichzeitig bombardiert die türkische Armee Afrin in einem völkerrechtswidrigen Krieg und lässt die zuvor vertriebenen IS-Terroristen wieder in Syrien einmarschieren. IS-Leute, die teilweise aus türkischen Gefängnissen entlassen und für den Kampf gegen die Syrisch Demokratischen Kräfte (SDF) wieder bewaffnet wurden. Vor diesem Hintergrund verhandelt Russland zusammen mit dem Iran und der Türkei über die „Neugestaltung“ Syriens, notabene ohne die Beteiligung der syrischen Regierung. In der abschliessend publizierten 20-Punkte-Erklärung der drei Aussenminister wird u.a. die Wahrung der territorialen Integrität des Landes und die Bildung eines Komitees zur Ausarbeitung einer neuen Verfassung vorgeschlagen.

Trotz der neuen Bündnispolitik mit Russland und dem Iran will Staatspräsident Erdogan den Draht zur NATO nicht ganz abbrechen. Mit einem Telefonat zum Geburtstag des NATO-Chefs Jens Stoltenberg informiert der türkische Kriegsverbrecher die NATO über das Schlachten in Afrin und die Rolle dieses Völkermordes im Kampf gegen den „Terrorismus“. Von Bedeutung ist in diesem Zusammenhang auch die Neuausrichtung der US-Aussenpolitik mit der Einsetzung der beiden ultrareaktionären Hardliner, dem ehemaligen CIA-Chef Mike Pompeo als Aussenminister und John Bolton als Sicherheitsberater. Beide Politiker stehen für die rein militärische Durchsetzung der Interessen des US-Imperialismus gegenüber dem Iran und Nordkorea. Die Tatsache, dass der NATO-Partner Türkei sich in den letzten Jahren immer mehr Russland und dem Iran angenähert hat, ist für die beiden US-Hardliner schwer zu ertragen. Durchaus möglich also, dass die USA der Türkei grünes Licht für die Besetzung der gesamten kurdischen Region in Syrien geben und ihre Truppen aus Manbidsch abziehen. US-Präsident Trump deutete in einer Rede am Vortag vor Ostern auch schon an, die USA würden sich „äusserst bald“ aus Syrien zurückziehen.

Die strategielose Nahostpolitik des US-Imperialismus ruft Frankreich, die ehemalige Kolonialmacht

Syriens, auf den Plan. Völlig überraschend trifft sich Präsident Macron Ende März mit VertreterInnen der SDF in Paris und sichert ihnen militärische Unterstützung in Nordsyrien zu. Auch wenn die Interessen des französischen Imperialismus genauso durchsichtig sind wie diejenigen der USA, ist diese Nachricht erfreulich. Damit könnte die Strategie der türkischen Armee, auch Manbidsch einzunehmen, durchkreuzt werden. Auf jeden Fall ist der SDF einmal mehr ein strategisches und auch operatives Meisterstück gelungen. Zum richtigen Zeitpunkt mit einer derart hochkarätigen Delegation durch das keineswegs freundlich gesinnte Europa zu reisen und einen solchen Verhandlungserfolg zu erzielen, Hut ab! Die geradezu hysterische Reaktion Erdogans und seiner Ministerclique zeugt von der politischen Bedeutung der Pariser Gespräche.

## Die Profiteure des Krieges

Die Schweiz verbietet offiziell derzeit zwar die Ausfuhr von Kriegsmaterial an die Türkei. Ausgenommen von diesem Verbot sind aber Ersatzteile für bereits gelieferte Kriegsgeräte, was angesichts der Kriegspolitik Erdogans ein durchaus lukrativer Handel ist. Zuwenig natürlich für die hiesige Waffenlobby. Ihre politische Frontorganisation, der Arbeitskreis für Sicherheit und Wehrtechnik, setzt sich vehement für eine Lockerung der Ausfuhrbestimmungen und für eine „stolze, leistungsfähige Sicherheitsindustrie“ ein. Diese „stolze Industrie“ liefert schon heute unbeschränkt einen Teil der Waffen, die Saudi-Arabien für seinen Völkermord am jemenitischen Volk einsetzt. Tatsache ist weiter, dass diese „stolze Industrie“ heute schon Platz 14 der internationalen Waffenexporteure belegt. Auf offene Ohren stösst die Waffenlobby beim FDP-Bundesrat Schneider-Ammann, der im Februar verlauten lässt, dass sein Departement eine Lockerung des Ausfuhrverbotes in kriegsführende Länder prüfe.

Ohnehin ist der Begriff „kriegsführendes Land“ sehr dehnbar. Deutschland führt Krieg in Afghanistan, im Irak und in Mali und beliefert seit Jahren die türkische Armee mit Panzern und anderen Waffensystemen. Trotzdem wurden 2017 für rund 118 Millionen Franken schweizerische Waffen nach Deutschland exportiert.

„Exportschlager“ der deutschen Waffenindustrie ist der Kampfpanzer Leopard 2. Die Kanonenrohre des Panzers werden vom deutschen Waffenhersteller Rheinmetall produziert. Einer der Standorte der Rheinmetall befindet sich in Zürich Oerlikon, ein wichtiges Testgelände für Munition und Waffensysteme am Sihlsee. Auf zahlreichen Bildern des türkischen Überfalls auf die Provinz Afrin ist der von Deutschland gelieferte Leopard-Panzer im Einsatz gegen die Bevölkerung zu sehen. Allerdings hat der Panzer eine grosse Schwachstelle: mit seitlichen Raketenangriffen, wie sie im Guerilla- und Häuserkampf üblich sind, kann der Panzer leicht zerstört werden. Seit Beginn der militärischen Aggression gegen die Provinz Afrin hat die Türkei so bereits 10 Panzer verloren. Die türkische Armee möchte daher den Panzer nachrüsten. Dagegen hatte die Bundesregierung wenig einzuwenden, gehe es doch darum, das Leben von Soldaten zu schützen. In dieser Logik wird der Panzer zur Defensivwaffe, genauso wie die Waffenindustrie zur Sicherheitsindustrie mutiert ist. Aber nebst diesen „Defensivwaffen“ hat die deutsche Bundesregierung seit Februar, dem Beginn des militärischen Überfalls auf Afrin, Munition und Waffen für über 4 Millionen Euro an die Türkei geliefert. Diese erst vor kurzem bekannt gewordene Tatsache überführt den ehemaligen sozialdemokratischen Aussenminister und die deutsche Regierung der Lüge bezüglich des angeblichen Waffenexport-Embargos an die Türkei. Es passt allerdings nahtlos in die deutsche und europäische Politik, den türkischen Überfall auf Afrin tot zu schweigen.



Aktion vor dem Produktionsstandort von Rheinmetall in Zürich-Oerlikon am 4. April. Zeitgleich fand in Bern eine Aktion vor dem Produktionsstandort statt (Bild oben).

## „Die organisationsübergreifende Solidarität gewinnt eine grosse Bedeutung“

**INTERVIEW Die Verteidigung des Rojava-Projektes gegen imperialistische, reaktionäre und faschistische Kräfte fordert ihren Preis. Zum Gedenken an gefallene KämpferInnen möchten wir die Kämpfenden selber zu Wort kommen lassen.**

**(gpw) Welche Bedeutung haben die Gefallenen für dich als Kämpfer?**

Die Erde von Rojava ist ein Boden von Gefallenen. Wie bei jeder Revolution wurden und werden in Rojava im andauernden Krieg der unterdrückten Völker für die Freiheit und die Ehre, gegen den Kapitalismus, die imperialistische Barbarei und deren Auswirkungen, die faschistischen barbarischen Daesh, Leben hingegeben.

**Wie kommt ein Entschluss zustanden, einen Kampf aufzunehmen, der das Leben kosten kann?**

Wenn du als eine Kämpferin deinen Platz an der Front finden und gegen die Feinde kämpfen willst, musst Du zunächst die Bedürfnisse und die Notwendigkeiten des revolutionären Krieges verinnerlichen. Du musst dich

ideologisch ausstatten und brauchst ein politisches Verständnis und Ziele, die dich in den Krieg bringen. Jene, die den Kampf für den Sozialismus aufnehmen, führen ihn gegen den Kapitalismus, den Faschismus und alle reaktionären Kräfte. Es sind diejenigen, die am Mutigsten, am Selbstlosesten und am Loyalsten an vorderster Front gegen den Feind kämpfen.

**Wie geht ihr damit um, KämpferInnen zu verlieren?**

Die gefallenen GenossInnen hinterlassen uns als Erbe ihre Kampferfahrungen. Wenn wir nicht wissen, wie wir etwas machen sollen, zeigen sie uns mit ihrer Lebenspraxis und Aktionen, wie wir etwas angehen können. Sie geben uns Kraft. Um die Qualität des Kampfes zu verbessern, müssen wir von ihrem Erbe, das heisst von ihrem ideologischen politischen und militärischen Leben und von ihren Aktionen lernen.

Wichtig zu wissen ist auch, dass die kurdische Befreiungsbewegung oder die PKK Parteien von Gefallenen (Schid) sind. Wir führen unseren Kampf in revolutionärer Solidarität gegen die gemeinsamen Feinde. Die PKK hat unzählige Gefallene und auch wir haben gefallene GenossInnen, die uns als KommandeurInnen

KriegerInnen und GenossInnen ein Vorbild bleiben. Die organisationsübergreifende Solidarität gewinnt eine grosse Bedeutung. Einen Krieg im Bewusstsein revolutionärer internationaler Solidarität zu führen, ohne einen Unterschied zwischen Bewegungen und GenossInnen zu machen und gemeinsam für Freiheit und Sozialismus zu kämpfen und zu fallen, egal wo man sich aufhält, ist sehr wertvoll.

Ich erwähne hier als wichtiges Beispiel für unsere Bevölkerung die Genossin Avasin, welche als junge Frau aus Deutschland zu uns kam. Sie hat als LGBTTLerin den berechtigten Kampf der kurdischen Bevölkerung verstanden und sich an der Revolution in Rojava beteiligt. Im Krieg gegen den Daesh ist sie gefallen. Bei jedem kritischen Moment der Rojava-Revolution kamen RevolutionärInnen aus verschiedenen Teilen der Welt zu uns und haben ihr Leben hier gelassen. Dieser ehrenvolle Haltung hat für uns einen grossen Wert.

Überarbeiteter Auszug aus einem Interview mit einem Kämpfer der MLKP-Rojava. Das ganze Interview ist in Form einer Broschüre beim Aufbau Vertrieb erhältlich.

# #8M: Global Women Strike – von Südkorea bis Uruguay

**FRAUENSTREIK Am 8. März 2018 haben weltweit Millionen von Frauen gestreikt, demonstriert, blockiert, besetzt und damit einen überwältigenden Protesttag gesetzt. Die proletarische Frauengeschichte des 8M, die vor über 100 Jahren begann, wird mit neuer Kraft weitergestossen.**

(fk) Der globale Aufruf zum Streiktag #8M 2018 wurde in den USA initiiert: «Wir brauchen einen Feminismus für die 99%, deshalb werden Frauen dieses Jahr streiken!». Der Aufruf beleuchtet in erster Linie die #metoo-Enthüllungen, die ein ganzes System deutlich gemacht haben, das hinter den einzelnen Tätern steht und deren Vorgehen erst ermöglicht. Der Aufruf wurde in über 70 Ländern aller Erdteile verbreitet und in zahlreichen Ländern umgesetzt. Die Schweizer Gewerkschaften stellten sich taub, stumm und lahm.

Die Losung fordert die Ausweitung der Rechte für Alle, um Bedingungen für ein Leben mit mehr Sicherheit zu schaffen – gewerkschaftliche Rechte für die Frau, die Toiletten putze, für die Erntehelferin in Kalifornien, Rechte für Migrantinnen, für Frauen aller Hautfarben und für Menschen jeglicher sexueller Orientierung. Dieser Streik richtet sich auch gegen Kriegstrollen, gegen Polizeibrutalität und Menschenjagd. Zahlreiche Gruppierungen aus der Mindestlohn-Bewegung haben den Aufruf übernommen.

Wir haben einige wenige Ereignisse herausgepickt, um aufzuzeigen, dass die Frauenbewegungen die wesentlichen Themen aufgreifen und bereit sind, frauen- und klassenkämpferisch die Welt grundlegend umzugestalten.

## Argentinien

In ganz Argentinien gingen hunderttausende Menschen auf die Strasse, um gegen Gewalt an Frauen, gegen Entlassungen und für das Recht auf Abtreibung zu kämpfen. In Buenos Aires versammelten sich die ArbeiterInnen des Krankenhauses Posadas gemeinsam mit AktivistInnen anderer Sektoren und mit linken Organisationen, um eine Strassenblockade im Zentrum der Stadt zu errichten. GewerkschafterInnen wehren sich gegen die Entlassungswelle der Regierung, auch im Bereich der Eisenbahnen. Auch das Thema Abtreibung mobilisierte viele Frauen. In Argentinien steht Abtreibung unter Strafe, jedes Jahr sterben Hunderte Frauen an den Folgen, illegalisierter Abtreibungen.



Buenos Aires: Arbeiterinnen im Kampf

Besonders Frauen, die sich keine teuren Kliniken oder Reisen ins Ausland leisten können, sind davon betroffen.

Bereits vor drei Jahren bildete sich die Bewegung «Nicht eine weniger», da eine Serie von Vergewaltigungen und Morden das Land erschütterte. Alle 18 Stunden wird eine Frau ermordet. Feministische Gruppen haben sich mit Arbeiterinnen im Streik solidarisiert, z.B. mit den entlassenen Arbeiterinnen der Pepsi-Fabrik, die vor dem Kongressgebäude ein Protestcamp errichtet haben. Oder es gab ein Treffen in El Bolsón, um der Kriminalisierung der sozialen Proteste der indigenen Mapuche entgegenzutreten. In Jujuy gab es Kundgebungen, um dort für die Freilassung von Milagro Salas, einer politischen Gefangenen, einzutreten.

## Brasilien

In Brasilien gab es quer durchs Land Aktionen, z.B. die Blockade des Druckereiparks des Globokonzerns, der mit seinen Sendern das Fernsehen im Dienste des Rechtsradikalismus dominiert und Frauenfeindlichkeit im Programm hat – gedruckt wurde jedenfalls an diesem Tag in Rio nicht. Oder in Natal, wo der Textilbetrieb Riachuelo bestreikt und besetzt wurde. Diese Textilhandelskette ist dafür bekannt, Frauen zu besonders üblen Bedingungen zu beschäftigen. Der Eigentümer hatte sich auch in Kommentaren im TV als Reaktionär profiliert.

Auferufen zum Streiktag hatten Gewerkschaften des alternativen Netzwerkes. Der Protest gegen die Gewalt an Frauen sollte mit dem Protest gegen die Rentenreform der Regierung verbunden werden, ein weiterer Angriff auf die Frauen. Auch die Brigadas Populares, die vor allem in den Armenvierteln stark vertreten sind, hatten an interessierte Organisationen den Aufruf zum Protesttag verschickt.

## Indien

In Indien waren in erster Linie Textilarbeiterinnen aktiv, die bereits in den letzten Jahren mehrfach militante Kämpfe geführt hatten, aber auch Hausangestellte und Bauarbeiterinnen. In Demonstrationen und Kundgebungen wurde gleicher Lohn und ein Ende der systematischen Belästigungen, oftmals von Vorgesetzten oder den Eigentümern, gefordert. In Indien gibt es seit 1976 zwar ein Gesetz für die Lohngleichheit, Frauen verdienen jedoch noch immer nur 66% eines Männerlohnes, da die Frage von den Gewerkschaften nicht ernst genommen wird.

## Italien – «Noi scioperiamo»

In Italien berichtete der Gewerkschaftsbund über die erfolgreiche Beteiligung am Frauenstreiktag. Besonders im Transportbereich, wo starke Alternativ-Gewerkschaften präsent sind und Alitalia kam es den ganzen Tag über zu Streikaktionen, in Mailand zu einer ganztägigen Kundgebung. «Wir streiken», hiess auch der Aufruf des Frauennetzwerkes, dem auch viele Frauen der Basisgewerkschaften angehören. Die Parole «Non una di meno», nicht eine weniger, prangte die Gewalt und die Morde an Frauen an.

## Auch unter schwierigen Bedingungen

Auch in Ländern mit Verbot, Repression und Krieg wurde gekämpft. In der Türkei hatten Frauenorganisationen landesweit zu Demonstrationen aufgerufen. «Wir werden Frauenmorde stoppen» hiess eine der Parolen. In der Türkei wurden 2017 338 Frauen ermordet. Die Polizei löste Demonstrationen in Ankara und Istanbul auf und verhaftete vorübergehend Aktivistinnen. Unter der reaktionären Regierung Erdogans geraten die Frauen immer mehr unter Druck. Selbst Verhütung wird als «Verrat» an der Türkei bezeichnet und die Frauen sind aufgefordert, mindestens drei Kinder zu gebären.

In Hatay an der türkisch-syrischen Grenze demonstrierten 10'000 Frauen aus zahlreichen Ländern um gegen den Krieg der Türkei gegen Nordsyrien zu protestieren. Auch in Afrin demonstrierten die Frauen, obwohl die türkischen Truppen ihren Überfall fortsetzten.

In Iran forderten die Frauen den gleichen Lohn und protestierten gegen den frauenfeindlichen Kleiderzwang. Es gab eine Reihe kleinerer Proteste, wie bereits in den vorhergehenden Monaten das Schwenken des Kopftuches an einem Stock. Viele Frauen sitzen deswegen seit Monaten in Haft.

# Triemli: Lügen bis die Spritze bricht

**SPITÄLER Für den neuen Triemli-Spitaldirektor und ex-KPMG Gesundheitsmann André Zemp ist die offene Kommunikation ein zentraler Schlüssel, um die Angestellten für die Sparmassnahmen im Triemli zu begeistern. Wie würde es tönen, wenn wir ihn unterstützen würden?**

(az) André Zemp ist der Messias des Gesundheitsmarktes. Es liegt nach dem Abgang der Fachfrau und Visionärin Claudia Nielsen nun wohl an ihm, die Zürcher Stadtspitäler zu retten. Keiner versteht es besser, die Spitäler für das neue, kapital- und sparfremde Umfeld fit zu peitschen. Zemp muss es wissen – als Ex-Leader des Gesundheitsbereichs der Beratungsfirma KPMG, kennt er sich wie kein Zweiter mit der neoliberalen Unternehmensideologie aus. Der Mann zeichnet Flow-Diagramme im Schlaf, plant Benchmarks nebenbei beim WC-Besuch.

Nachdem wir den Ersten seiner neu eingeführten Mitarbeitenden-Newsletter gelesen haben, sehen wir jedoch noch Ausbaupotenzial in der Offenheit seiner Kommunikation den Angestellten gegenüber. Da wir als KommunistInnen natürlich genauso auf die heilenden Kräfte des freien Marktes vertrauen, möchten wir ihn selbstverständlich darin unterstützen, die Angestellten und die Öffentlichkeit bestmöglich für das gemeinsame Anliegen von mindestens 10% EBITDA-Marge zu gewinnen. Dazu möchten wir gerne auf drei Punkte aufmerksam machen.

## Erstens: Kommunikation ist alles

Wir raten Herrn Zemp, auf allzu komplizierte Formulierungen den Mitarbeitenden gegenüber zu verzichten. „Kosten-/Leistungs-Benchmarking, Strukturanalyse, Skill-Grade Mix, Optimierung der Ressourcenplanung und Vergütungsmodelle“ sind eher schwer verständlich. Vergleich-Spardruck aufbauen, Sparpotenzial identifizieren, schlechter Ausgebildete einsetzen, weniger Ressourcen und Lohnkosten kürzen sind viel verständlicher. Sehr sinnvoll finden wir eine konstante berieselnde Kommunikation in monatlichen Newslettern. So können verordnete Massnahmen bestmöglich mit „Goodnews“ kombiniert werden. In Punkto Ansprechbarkeit ist Herr Zemp bereits auf einem sehr hohen Niveau, es gibt nun Sprechstunden, in denen die Angestellten ihre Anliegen deponieren und damit selbstverständlich automatisch mitbestimmen können. Dass auch bei grossen Abbauvorhaben wie dem „Pro-



André Zemp machts vor: An apple a day, keeps the doctor away... Krank werden liegt nach der Privatisierung nämlich nicht mehr drin.

jekt Zukunft Triemli II“ noch genug Spielraum vorhanden ist, um auf die Wünsche von einzelnen Angestellten einzugehen, erstaunt und fasziniert uns gleichermassen.

## Zweitens: Benchmark und Auslastung

Herr Zemp hat auch in seiner Tätigkeit als KPMG-Berater stets betont, dass Benchmark-Vergleiche zwischen Spitälern und auch zwischen einzelnen Abteilungen ein wichtiger Motivator sind. Auch geneigte Lesende mögen zustimmen, dass nichts so motivierend ist, wie zu hören, dass Andere den Job noch schneller und günstiger machen. Auch über einzelne Spitäler hinaus, freuen sich die Mitarbeitenden, sich im Wettbewerb mit gut ausgestatteten Privatkliniken messen zu dürfen. Da ausschliesslich fachliche Kriterien als Wettbewerbsfaktoren Anwendung finden, ist es in Zukunft auch PatientInnen möglich, im Notfall den besten Schweizer Spital für die Behandlung eines Beinbruchs auszusuchen.

Der Schlüssel zur Konkurrenzfähigkeit und zur höheren Marge liegt freilich in der Auslastung der Spitäler. „Auslastung gut, alles gut“ wie es André Zemp ausdrückt. Wir sehen leider ebenso, dass dies unbequeme Wahrheiten mit sich bringt. Die Zeiten von geregelten Arbeitszeiten, Gesamtarbeitsverträgen und monatlichen Arbeitsplänen sind leider vorbei. Flexibilität ist alles. Dank dialektischer Betrachtung sehen wir aber in erster Linie die Vorteile der neuen Arbeitswelt: Spontane Arbeitseinsätze bringen Freizeitmöglichkeiten in bisher unbekanntem Masse. Zwangsferien in wenig ausgelasteten Saisons, ermöglichen die lang ersehnten Ferien auf den Malediven. Auch einzelne Nachteile, wie die fehlende Vergütung von Pikettbereitschaft oder höhere Arbeitsdichte, mögen die Möglichkeiten nicht aufzuwiegen. Um den Kampf um die Herzen der Angestellten zu gewinnen, plädieren wir für den konsequenten Fokus auf die Vorteile der höheren Auslastung und Flexibilität.

## Drittens: Unser gemeinsames Ziel – die Kapitalmarktfähigkeit

Eine gemeinsame Vision scheint für ein breit abgestütztes Vorgehen unerlässlich. „Gemeinsam in die Zukunft“ scheint uns aber leider zu vage. Die Wirkmächtigkeit einer Vision hängt entscheidend davon ab, dass sie vorstellbar und attraktiv ist. Wir können uns nichts Motivierenderes vorstellen, als für einen gemeinsamen, freien Gesundheitsmarkt eine Pflegedienstleistung zu produzieren! Der Kontakt mit kranken PatientInnen ist stets problembehaftet, die Arbeit für ein erfolgreiches und stets dynamisches Unternehmen bietet endlich einen positiven Bezugspunkt im Beruf.

Herr Zemp steht vor keiner leichten Aufgabe, doch dank geschickter Kommunikation dürfte er die Wogen des bevorstehenden Abbaus sicherlich ruhig umschiffen.

## Hintergrundinfos

Ironie beiseite: André Zemp ist seit Oktober 2017 Direktor des Stadtspitals Triemli in Zürich. Davor war er neoliberaler Chefideologe der Gesundheitsabteilung der Beratungsfirma KPMG. Seine ehemalige Vorgesetzte, SP-Stadträtin Claudia Nielsen zog kurz vor den Zürcher Stadtratswahlen ihre Kandidatur zurück – sie war für ihre zu laschen Privatisierungsbestrebungen kritisiert worden.



# «Ohne uns steht die Welt still»

**SPANIEN Im spanischen Staat wurde mit 5,3 Mio. streikenden Frauen am 8M der grösste Streik der spanischen Geschichte organisiert. Welche Faktoren führten zu diesem ausserordentlichen Erfolg? Wir versuchen Antworten zu finden und befragen auch die revolutionäre Feministin Nekane aus dem Baskenland dazu.**

(fk) Es war der erste feministische Streik und die Auswirkungen davon waren überall zu spüren. Radio- und Fernsehsendungen fielen aus, genauso wie hunderte von Zügen. Schon in der Nacht gab es Demonstrationen im ganzen Land und am frühen Morgen sorgten in vielen Städten «Fahrrad-Streikposten» zum Teil für Verkehrschaos. In Katalonien war der Streik besonders stark und es wurden Einfallstrassen zu Städten und Schienen in Bahnhöfen blockiert, die zum Teil gewaltsam von der Polizei geräumt wurden.

Spanien ist eines der Länder, indem es die meisten Debatten um diesen #8M und den Streikaufruf gab. Der Druck, den Alternativgewerkschaften mit ihren Streikbeschlüssen und -aufrufen entwickelt hatten, war so gross, dass auch die grösseren Gewerkschaftsverbände CCOO und UGT ihre Saalfeiern verlassen und zu einem zwei-stündigen Proteststreik aufrufen mussten. Die anarcho-syndikalistischen CGT und CNT mobilisierten zu einem 24 Stunden dauernden Ausstand – nicht nur von Frauen. Auch die «Kellys», die selbstorganisierten Putzfrauen der Tourismusbranche, mobilisierten zum Streiktag. Rund 300 Frauenorganisationen riefen zu Arbeits-, Uni-, Konsum- und Pflegestreiks auf. Insgesamt fanden in mehr als 200 Städten Hunderte von Aktionen statt. Allein in Barcelona und Madrid kamen über eine Million Menschen auf die Strassen. Es wurde aufgerufen, den spanischen Staat und die Wirtschaft lahmzulegen und zur «Rebellion gegen die Allianz aus Kapitalismus und Patriarchat, die uns zahm, untergeordnet und schweigsam haben will». Bereits am Sonntag hatten sich in diversen Städten Frauen für den Streiktag warm gelaufen. Im baskischen Donostia, San Sebastian haben sich mehr als 5200 Frauen am Frauen-Run «Lilaton» beteiligt, um für Gleichstellung, Frauenrechte und gegen Machismus und Männergewalt zu rennen.

## Zusammentreffen verschiedener Faktoren

Dass gerade im spanischen Staat der Streiktag ein solcher Erfolg wurde, hat verschiedene Ursachen. Zum einen sicherlich die Wirtschaftskrise und das gleichzeitige Erstarken sozialer Bewegungen, wie z.B. jene der PensionärInnen. Weiter das enorme Ausmass der Gewalt an Frauen, auch häusliche Gewalt, welches durch die breiten Debatten ins Bewusstsein der Öffentlichkeit gekommen ist. Auch krasse Fälle wie z.B. die Gruppenvergewaltigung einer jungen Frau 2016 durch eine Gruppe von Männern, einige davon Polizisten und Militärs im baskischen Iruna, wurden bekannt. Dann provozierte der Versuch der regierenden PP 2014, die Abtreibung wieder zu illegalisieren, eine neue Frauenbewegung. Eine wichtige Rolle spielten soziale Medien und Kommunikationsformen, die den Austausch zwischen den verschiedenen Gruppen ermöglichte, zwischen Stadt und Land sowie zwischen den Generationen. Es wurde offensichtlich, dass sich die Hoffnungen älterer Frauengenerationen, ihre Anliegen könnten durch den institutionellen Kampf erreicht werden, nicht bewahrheitet hatten und so ein Erstarken von Basisstrukturen ausserhalb der Institutionen gefördert wurde. Auch das Dazustossen bürgerlicher Frauen, insbesondere bekannter Journalistinnen, Wissenschaftlerinnen oder Künstlerinnen, die ebenfalls zum Streik aufrufen und ihm damit eine bürgerliche Legitimität gaben, bewirkten eine zusätzliche Mobilisierung.

## Interview mit Nekane

**aufbau: Im spanischen Staat und im Baskenland haben am 8. März mehr als 5 Millionen Frauen gestreikt. Das ist aussergewöhnlich. Welche besonderen Umstände haben zu einer solch grossen Kampfkation geführt?**

**Nekane:** Hinter dem feministischen Streik steht eine grossangelegte, breite Vernetzungsarbeit. Eine Basisarbeit mit offenen „Planteamientos“ (Fragestellungen), die autonom, dezentralisiert in Versammlungen organisiert werden, von Quartier zu Quartier, von Dorf zu Dorf, usw. Diese Öffentlichkeit hat die Vernetzung von Feministinnen ermöglicht und mittels dieser Zusammenarbeit und Konsensfindung zwischen den verschiedenen Strömungen zu diesem historischen Streik geführt. Die Bewegung erstreckt sich über die verschiedenen sozialen Felder: Die Betriebe, die Quartiergruppen, den Bildungsbereich, die Knäste, die Medien... In den letzten Jahren hat auch die feministische Bewegung im Baskenland an der Ermächtigung der Frauen\* gearbeitet, um von der Opferrolle wegzukommen und aktive vielfältige Subjekte zu bilden; um über die binären Kategorien hinaus die Ungleichgewichte zu identifizieren, die je eigene spezifische Unterdrückung zu erkennen und so das, was alle einigt, zu verstärken. Deswegen haben die vielfältigen Subjekte den Kampf und das kollektive Bewusstsein noch weiter verbreitet, aus einer feministischen Insel ein feministisches Meer gemacht!



Bilbao, Baskenland



Argentinien: Ni una menos, nicht eine weniger



Ankara oder Istanbul? Jedenfalls eine türkische Stadt



London: Die Revolution wird feministisch sein oder gar nicht



Madrid



Weltweit finden Proteste statt

## Welches sind die Hauptforderungen, die gestellt werden?

Die Hauptforderung des Streiks, der sich über verschiedene Kontinente verbreitete, war, das Leben ins Zentrum zu stellen und dem neoliberalen Modell, welches dies nicht respektiert, STOP zu sagen. Schluss mit sexistischer Gewalt, Ausbeutung und Diskriminierung der Frauen\*!

**Bei einer solch breiten Mobilisierung sind sicher verschiedene gesellschaftliche Klassen beteiligt. Kannst du uns etwas über die Klassenzusammensetzung sagen und auch, welche Klasse dominierend vertreten ist?**

Die feministische Bewegung hat eine Brücke über die verschiedenen Generationen gebaut. Die Mobilisierungen haben die historischen Erfahrungen mit der Radikalität und Frische der Jungen genährt und alle zusammen gehalten. Die alten Generationen sind mit den neu kommenden Jugendlichen zusammen gestanden und sie haben zusammen gekämpft.

Der Streik war nicht auf die LohnArbeiter\*innen oder die Arbeiter\*klasse begrenzt. Die feministische Bewegung hat mit dem Streik die Verbindungen zwischen dem Arbeitssektor, den Gewerkschaften und dem Feminismus verstärkt und den Fokus auf auf das gesamte Leben gerichtet. Deswegen waren die Aktivitäten die die Reproduktionsarbeit betreffen, die starken Punkte. Diese Arbeit ist noch immer nicht anerkannt, prekär und unwürdig. Dieser Sektor war stark beteiligt und präsent.

Jede\*, die von der patriarchalen Unterdrückung betroffen ist, hat aus ihrer Realität heraus auf die globale, neoliberale Offensive geantwortet, sei es bezüglich Gender, Klasse oder Identität und die feministische Bewegung hat dies alles zusammen gefasst.

**Gibt es auch revolutionäre Organisationen die darin aufgefallen sind?**

Ja. Diese Organisationen waren wichtig, um den Versuch von manchen politischen Parteien und Gewerkschaften, die Führung des feministischen Streiks zu übernehmen, zu vereiteln. Mit wahlpolitischen Interessen versuchten einige Kräfte vom Erfolg der feministischen Bewegung zu profitieren. Die Frauenorganisationen haben aber ihre revolutionäre Perspektive klar gemacht. Ihre «Planteamientos» sind nicht für die Eliten gemacht oder haben nicht zum Ziel, dass mehr Frauen\* im bourgeoisen Zirkus repräsentiert werden, sondern um mit den Unterdrückten zu arbeiten bis alle klassistischen, frauenfeindlichen und rassistischen hierarchischen Strukturen zerstört werden.

Die Botschaft von revolutionären Organisationen wurde dort klar: Wir brauchen keine Führung von kapitalistischen weissen Männern und sie haben auf die Angriffe der reaktionären Sektoren mit radikalen Aktionen geantwortet.

**Glaubst du, dass dieser Kampftag eine Wirkung zeigen wird, und welche?**

Der 8. März dieses Jahres hat nicht nur einen quantitativen, sondern einen qualitativen Sprung der feministischen Bewegung markiert. Das ist ein grosser Schritt auf den Strassen sowie in der sozialen Agenda. Die feministischen Forderungen werden an Präsenz und Zentralität gewinnen.

Der Kampftag war ein Mittel für eine feministische Veränderung, er überschreitet die Bereiche Arbeitsbedingungen, Politik und Wirtschaft. Es geht um die ganze Dimension des Lebens und dafür bringt die feministische Bewegung einen Vorschlag um die aktuellen Modelle und Beziehungen zu verändern, um das Patriarchat und das Herrschaftssystem abzuschaffen.

Trotzdem sich der feministische Kampf nicht an Institutionen und Ämter richtet, hat die feministische Bewegung konkrete Forderungen und politische Massnahmen formuliert, welche angenommen werden mussten. So haben zum Beispiel im Baskenland letzte Woche mehrere Firmen ihren Arbeiter\*innen eine Einigung in der Familienpolitik angeboten, eine der Forderungen des 8. März.

Die Kräfte werden auf eine Gesellschaft setzen, in der das Leben im Zentrum steht, und welche den Markt und die Institutionen dezentralisieren wird. Diese Änderungen bedeuten, alle Beziehungen neu und gemeinschaftlich zu definieren, das marktwirtschaftliche Modell zu bekämpfen und die Selbstverwaltung und die Kommune praktisch zu machen.

**Könnte sich daraus eine kontinuierliche organisierte Frauenbewegung entwickeln? Oder welche Perspektiven siehst du?**

Es gibt sie schon. Ein Teil der feministischen Bewegung ist schon lange organisiert und an vielen sozialen Kämpfen beteiligt. In Bizkaia hat die baskische feministische Bewegung einen Kampf von Pfleger\*innen, der fast drei Jahre gedauert hat, unterstützt. Da dies ein feminisierter und prekärer Sektor ist, haben die Institutionen den Kampf nicht ernst genommen bis endlich vor wenigen Monaten eine Übereinkunft unterschrieben werden konnte und der Kampf gewonnen war. Oder auch die Demonstrationen der pensionierten Frauen\* am 17. März, da die Kürzungen und Reformen sie diskriminiert und zu Armut verdammt.

Aber die wichtigste Herausforderung ist, diese feministische Welle zu politisieren, sie für die Revolution zu nutzen und die mobilisierten Frauen in aktive Subjekte umzuwandeln. Dafür wird die feministische Bewegung ein Prozess von unten initiieren, von Ort zu Ort. Das Ziel dieses Prozesses ist es, die Debatten und Interaktionen der feministischen Bewegung zu vertiefen und konkrete Strategien zu entwickeln, damit es im Baskenland eine wirkliche Veränderung gibt, eine feministische Revolution.

# Rojava verteidigen

**INTERNATIONALISMUS Der türkische Staat greift Rojava mit Unterstützung der USA und Russlands an. Die Situation ist komplex, aber auch einfach: Rojava ist ein historischer Bezugspunkt, den es zu verteidigen gilt.**

(gpw) Seit Ende 2013, als in Rojava die Autonomie ausgerufen wurde nachdem sich die Institutionen des syrischen Zentralstaats zurückgezogen hatten, hat dieser schmale Streifen entlang der türkisch-syrischen Grenze im Norden des Landes verschiedene Etappen durchlaufen. Diese liessen sich anhand von den laufend aktualisierten Karten, welche farblich kennzeichneten, wer in welchem Teil Syriens den Ton angibt, nachvollziehen. Die Schlacht um Kobane etwa, bei der zwischen September 2014 und Januar 2015 der gelbe Fleck, welche das Gebiet der heutigen Demokratischen Föderation Nordsyriens kennzeichnete, immer kleiner wurde, bis er sich auf die Stadt Kobane konzentrierte, um dann aber, nachdem der sogenannte «Islamische Staat» dort geschlagen wurde, sich schnell und weit auszubreiten. Scheinbar unaufhaltsam wurde der schwarzmarkierte Teil Syriens auf diesen Karten immer kleiner, welcher die Gebiete des «IS» markierten, und Städte wie Manbidsch, Deir ez-Zor oder Rakka wechselten ihre farbliche Kodierung von schwarz zu gelb.

Anhand solcher Karten lässt sich nur oberflächlich nachvollziehen, was sich entwickelt. Sie sagen wenig über die konkrete Situation vor Ort aus, mit welchen Schwierigkeiten die GenossInnen konfrontiert sind oder welche Probleme sich erst anbahnen. Aber anhand von ihnen lässt sich nachvollziehen, dass der Prozess in Rojava keinesfalls ein linearer ist, der mit der Übernahme der Macht beginnt und dann schnurstracks zur befreiten Gesellschaft führt. Stattdessen bietet sich darum eine analytische Perspektive an, die diesen Prozess versucht in verschiedene Etappen zu unterteilen, in welchen jeweils unterschiedliche Problemstellungen zur Hauptsache werden können, die es anzupacken gilt, während andere eher in den Hintergrund geraten.

## Die Befreiung von Rakka

Heute mehren sich Berichte, wonach der «IS» die Gunst der Stunde nutzt, um sich zu stärken, während die Kräfte der Syrischen Demokratischen Kräfte (SDF; darin sind die Selbstverteidigungseinheiten YPG / YPJ organisiert) sich mit den Angriffen des türkischen Staats und alliierter islamistischer Milizen herumschlagen müssen. Zugleich muss festgehalten werden, dass die Befreiung von Rakka im Oktober 2017 ein Schlüsselmoment im Verlauf des politischen Prozesses in Rojava war. Die Befreiung von Rakka, der selbstdeklarierten Hauptstadt des Kalifats des «IS», repräsentierte die Erfüllung des Zwecks der militärischen Allianz zwischen den USA und den SDF, nämlich die Zurückschlagung des «IS». Es war absehbar, dass sich damit die Situation von Rojava bald verändern würde (siehe aufbau 91).

Am 20. Januar 2018 trat ein, was lange ein mögliches Szenario war: Der türkische Staat griff gemeinsam mit islamistischen Milizen Afrin an, den Kanton im nordwestlichen Zipfel Syriens. Die Panzer aus deutscher Produktion rollten über die Grenze und aus der Luft begann ein Bombardement, gegen das die Kräfte der SDF mangels eigener Mittel zur Flugabwehr wenig ausrichten konnten. Dieser Angriffskrieg ist nicht denkbar ohne die explizite Zustimmung Russlands und den USA. Das zeigte sich etwa daran, dass sich russische Militärs von der Grenze Afrins zurückzogen, damit die türkische Armee ihre Operation beginnen konnte, ohne ihre russischen Partner zu treffen, während die USA in ihren Erklärungen zur Lage in Syrien immer wieder betonten, dass ihr Einflussgebiet östlich des Euphrat liege – als seien die SDF westlich dieses Flusses nicht dieselben wie jene im Osten.

Es ist wichtig, zwei Punkte an dieser Stelle festzuhalten. Erstens zeigt sich damit, wie richtig die PKK mit ihrer Einschätzung liegt, wonach ihre Zusammenarbeit mit den USA und Russland lediglich taktischer Natur ist (vergleiche dazu «Wir kämpfen für einen demokratischen Sozialismus», ein Interview mit Riza Altun auf aufbau.org). Während die Türkei als Mitglied der NATO ein langjähriger strategischer Partner der USA ist, hofft Russland darauf, die Türkei zu einem strategischen Partner zu machen. Die Zustimmung dieser beiden Staaten zur türkischen Invasion erfolgte, um diese Partnerschaften zu stützen, wozu die strategisch weniger bedeutungsvolle Allianz mit der Verwaltung von Rojava fallen gelassen wurde.

Zweitens zeigte sich im Verlauf des Kampfes um Afrin, dass Rojava seine politische Linie nicht leichtfertig aufgeben wird. Es ist bekannt, dass Rojava den syrischen Zentralstaat dazu aufforderte, seinen Pflich-



Demonstration in der Stadt Afrin nach Beginn des Angriffs gegen den Kanton Afrin

ten nachzukommen und die Landesgrenzen zu verteidigen. Weniger bekannt ist, dass dies in erster Linie darum nicht geschah, weil die Regierung von Assad dies an politische Bedingungen knüpfte, die ein Ende der Autonomie Afrins zur Folge gehabt hätten. Auf diesen Handel ging Rojava nicht ein, obwohl es ihre militärischen Aussichten zur Verteidigung von Afrin verbessert hätte.

## Biji biji Gerilla

Nach rund zwei Monaten erbitterter Auseinandersetzungen und einer enormen zivilen Massenmobilisierung nach Afrin evakuierten die SDF die Bevölkerung und erklärten am 18. März 2018, dass nun die Zeit der Guerillataktik im Kampf um Afrin beginne. Es ist aus verschiedenen Gründen eine nachvollziehbare und kluge Entscheidung. Erstens dient diese Entscheidung dem Schutz der Bevölkerung sowie der Stadt Afrins. Der Krieg in Syrien hat zur Genüge Beispiele eingekesselter Städte hervorgebracht, es wäre Irrsinn, sich leichtfertig für eine solche Situation entscheiden. Zweitens ist es unbestreitbar, dass die zweitgrösste NATO-Armee den KämpferInnen der SDF im Frontenkrieg aufgrund ihrer besserer Ausrüstung (Stichwort europäische Rüstungsindustrie, siehe dazu die Artikel auf Seite 1 und Seite 7) sowie der Lufthoheit überlegen ist.

Drittens ist – im Gegensatz zur Situation beim Kampf um Kobane – die offene Empörung anderer Regierungen über diesen Angriff ausgeblieben, was sich zum einen wiederum mit der geostrategischen Bedeutung der Türkei erklären lässt sowie damit, dass die mit ihr alliierten islamistischen Milizen dem «IS» in Sachen Barbarei zwar wenig nachstehen, aber wohl eine weniger schlagkräftige Präsenz in den sozialen Medien haben (d.h. ihre Brutalität wird weniger propagandiert). Bezeichnend dafür ist, dass sich die Regierungen Deutschlands und Frankreichs erst dann über die türkische Invasion «besorgt» zeigten, als die Evakuierung der ZivilistInnen bereits längst geschehen war.

Es ist in den kommenden Wochen und Monaten nicht damit zu rechnen, dass sich ein neues temporäres Gleichgewicht in der Region bildet. Zwei Entwicklungen gilt es besonders im Auge zu behalten (wobei sich dies bis zur Publikation dieser Ausgabe ohne weiteres geändert haben kann): Erstens ist es offenkundig, dass die Türkei darauf hinarbeitet, ihre Invasion in Afrin nachträglich zu legitimieren, indem sie dort zusammen mit Islamisten Institutionen aufbaut, die das Leben ordnen sollen. Es zeichnet sich eine Ansiedlung von Menschen ab, die aus Syrien in die Türkei geflohen sind, die zum Ziel hat, die ethnische Zusammensetzung Afrins zu verändern, das heisst insbesondere die KurdInnen zu marginalisieren. Diese kolonialistische Strategie gilt es zu durchkreuzen.

Zweitens will Erdogan nicht bei Afrin haltmachen. Zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses dieser Aus-



Farbanschlag gegen türkisches Konsulat in Brüssel

gabe droht er damit, den Krieg weiter nach Manbidsch und Shengal zu tragen. Greift die türkische Armee Manbidsch an, dann nur mit der expliziten Zustimmung der Vereinigten Staaten, die dort eigene SoldatInnen stationiert hat. Weitet er die Operation nach Shengal aus, dann überschreitet er in seinem Krieg gegen das fortschrittliche Projekt Rojava nach der syrischen Landesgrenze auch diejenige in den Irak. Auf diese Entwicklungen gilt es sich vorzubereiten.

Die Sache wirkt komplex aufgrund der vielen AkteurInnen mit ihren eigenen Widersprüchen und Einheiten, aufgrund der sich schnell verändernden Situationen und aufgrund all jener Ebenen dieses Konflikts, die nur auf den zweiten oder dritten Blick sichtbar werden. Dennoch ist die Situation einfach: Auf der einen Seite steht Rojava, ein Projekt, welches für alle fortschrittlichen Menschen einen wichtigen Bezugspunkt darstellen muss. Rojava ist der lebende Beweis dafür, dass das was wir hier als Perspektive propagieren nicht nur eine Utopie ist, sondern eine reale Möglichkeit darstellt.

Auf der anderen Seite stehen all jene, deren strategischen Interessen gegen die Perspektive stehen, welche Rojava darstellt. Ob Türkei, Russland, USA oder der syrische Zentralstaat, keiner dieser Akteure kann langfristig ein Interesse daran haben, dass Rojava stark bleibt und das, was Rojava ausstrahlt, sich ausbreitet. Wenn Rojava ein historischer Bezugspunkt im Prozess für eine freie Gesellschaft ist, dann haben alle, die diesem Ziel verbunden sind, eine Pflicht, sich jetzt für Rojava einzusetzen.





Internationales Pipeline-Projekt mit Schweizer Beteiligung

## Fortsetzung von Seite 1

Das beste Beispiel hierfür ist die Winterthurer Firma Rieter, die unter anderem von der Exportrisikoversicherung durch die Schweiz profitiert. Der Industriekonzern hat, wie viele andere Firmen im Textilsektor, in der Türkei jahrelang von günstigen Löhnen und staatlichen Subventionen profitiert und entsprechend Produktionsanlagen gebaut. Mit dem Rückgang des Wirtschaftswachstums nach dem Putschversuch 2016 sanken die Subventionen. Rieter entschloss sich aber nicht zum Wegzug, sondern vielmehr zum Ausbau seiner Präsenz. Man spekulierte auf die erweiterte Macht Erdogans, die vielleicht zu erneuten Subventionen, mindestens aber zu günstigen Wirtschaftsbedingungen führen sollte. Zumindest die Anleger Rieters schienen diese Strategie zu goutieren. Nach Erdogans Sieg beim Verfassungsreferendum 2017 und damit dem Ausbau der Diktatur stieg die Aktie von Rieter in die Höhe. Real musste Rieter 2017 in der Türkei noch Umsatzeinbußen in Kauf nehmen, was der langfristigen Expansionsstrategie allerdings nicht im Wege stand.

Die Hoffnung, durch die Diktatur günstige Wirtschaftsbedingungen anzutreffen, erklärt auch, wieso sich Schweizer Firmen, wie beispielsweise Novartis, in den vergangenen Jahren aktiv an Imagekampagnen für die Türkei beteiligten. So warb der Pharmakonzern 2017 zusammen mit 15 weiteren Grossunternehmen, darunter auch Nestlé, unter Federführung der türkischen Exportvereinigung für den Produktionsstandort Türkei. Dies geschah exakt zum Zeitpunkt des Verfassungsreferendums, als es Erdogan unter anderem darum ging, sich wirtschaftsfreundlich zu präsentieren. Freilich liegt dahinter letztlich keine besonders grosse Erkenntnis: Das Kapital hat kein Problem mit Diktaturen, unter bestimmten Umständen profitiert es vielmehr von dessen Rahmenbedingungen und unterstützt je nach Interessen entsprechende politische Entscheide und Bewegungen.

Davon wie das Schweizer Kapital von den politischen Bedingungen in der Türkei profitiert, kann beispielsweise ABB ein Lied singen. Zu Beginn des letzten Jahres streikten in 13 Fabriken von ABB, General Electric und Schneider Electric rund 2200 MetallarbeiterInnen. Die türkische Regierung verbot ganz zu Freuden der Unternehmen den Streik kurzerhand wegen angeblicher Sicherheitsbedenken. Solche Eingriffe meinte Erdogan vermutlich, als er davon sprach, den Ausnahmezustand aufgrund von Wirtschaftsinteressen verhängt zu haben. Für einmal hat die staatliche Repression aber glücklicherweise nicht funktioniert. Aufgrund des Druckes von unten mussten die Industriefirmen letztlich dennoch auf einen verbesserten Arbeitsvertrag eingehen.

## Trans Adriatic Pipeline

Ein ganz besonderes wirtschaftliches Projekt mit Schweizer Beteiligung ist die noch nicht ganz fertig gestellte «Trans Adriatic Pipeline». «Eine Idee, geboren in der Schweiz», nannte sie der damalige Direktor des Bundesamts für Energie 2016. An der verantwortlichen Aktiengesellschaft mit Sitz in Baar (Kanton Zug) sind neben BP, dem norwegischen Gaskonzern Statoil und anderen Energieunternehmen auch der Schweizer Energiekonzern Axpo Holding beteiligt. Zusammen mit der «Trans Anatolian Pipeline», die durch die Türkei führt und an der AXPO ebenfalls (wenige) Anteile hält, soll die Pipeline die Gaszufuhr von den Fördergebieten um das Kaspische Meer nach Europa ermöglichen und damit die energiepolitische Abhängigkeit von Russland mindern. Insbesondere in Italien kam es aufgrund von Umweltbedenken in den letzten Jahren immer wieder zu Protesten dagegen. Davon will man in der Schweiz aber nichts wissen. Immer wieder weibelten die höchsten Schweizer PolitikerInnen in den vergangenen zehn Jahren für das Pipeline-Projekt. Der Präsidenten Aserbaidschans, Ilham Aljew, wurde unter anderem deswegen mehrmals ans WEF eingeladen. Mehrere Bundesräte reisten nach Aserbaidschan. Delegationen des Staatssekretariats für Wirtschaft (SECO) besuchten zusammen mit VertreterInnen von Alpiq und AXPO die Durchgangs-

station Albanien, um dort den Bau voranzutreiben. Und auch mit der Türkei hielt man in den vergangenen Jahren engen Kontakt. Als Energieministerin traf sich Doris Leuthard beispielsweise vor einigen Jahren mit türkischen Ministern, um das Projekt voranzutreiben. Hinter dem Schweizer Effort stehen nicht nur energiepolitische, sondern auch ganz handfeste wirtschaftliche Interessen. Die ABB beispielsweise erhielt für die transanatolische Pipeline einen Grossauftrag.

## Staatliche Investitionsförderung aus der Schweiz

Als Staat fördert die Schweiz die Investitions- und Exportbestrebungen seines Kapitals aktiv. Ein Förderinstrument hierzu bietet das Switzerland Global Enterprise, die ehemalige Schweizerische Zentrale für Handelsförderung, das sowohl durch staatliche als auch private Gelder finanziert wird. Die für die Aussenwirtschaft der Schweiz zuständige Organisation hält Büros in 22 Ländern, darunter auch in der Türkei. Immer wieder wirbt die Organisation mit Broschüren, Rechtsberatungen und Veranstaltungen für mehr Investitionen. In den vergangenen Jahren pries man beispielsweise «die Investitionschancen für Schweizer KMU im Energiesektor» der Türkei oder die Möglichkeiten des sich öffnenden Gesundheitsmarktes: «Der türkische Gesundheitssektor wächst markant. Insgesamt 31 neue Stadthospitäler mit rund 43 500 Betten entstehen in den nächsten Jahren. Errichtet werden sie im Rahmen öffentlich-privater Partnerschaften, was Bauunternehmern und Hightech-Firmen grosse Geschäftschancen eröffnet.» Es sind jene Grossprojekte, an denen sich Schweizer Firmen beteiligen sollen, für welche die AKP Regierung vor wenigen Jahren noch gelobt wurde. Freilich aber sind öffentlich-private Partnerschaften auch in der Türkei nur ein schönes Wort für einen privatisierten Gesundheitsbereich, und gerade solche Privatisierungsbestrebungen wurden von internationalen Geldgebern jahrzehntelang forciert.

## Exportwirtschaft

Schweizer Unternehmen profitieren nicht nur von Produktionsstandorten in der Türkei, sondern auch vom Warenexport. Ein besonderes Beispiel hierfür ist die Rüstungsindustrie. Vor allem aufgrund der anhaltenden Proteste gegen den Angriff auf Afrin ist mittlerweile bekannt, dass die türkische Armee in Europa produzierte und vertriebene Rüstungsgüter einsetzt. Dass dabei mit grosser Wahrscheinlichkeit auch Schweizer Kriegsmaterial zum Einsatz kommt, gehört hingegen zu den unbekannteren Seiten des laufenden Angriffskrieges. Die Schweizer Waffenindustrie verdiente zwischen 2005 und 2015 28,6 Millionen Franken mit türkischen Aufträgen, knapp die Hälfte davon entfiel auf Munitionslieferungen. Schweizer Medien enthüllten vor einem Jahr zudem, dass eine nicht genannte Schweizer Firma 2016 mehrere Bewilligungen erhielt, Raketen-Antriebsteile im Wert von 7,2 Millionen Franken an eine türkische Rüstungsfirma zu liefern. Bewilligt wurde dies durch das SECO. Und auch im Jahr 2017 waren es noch Rüstungsgüter im Wert von gut 700'000 Franken, die den direkten Weg von der Schweiz in die Türkei fanden.

Im aufbau 83 haben wir in einem längeren Artikel darauf hingewiesen, dass in solchen Fällen nicht nur die Rüstungsfirmen selbst, sondern als InvestorInnen beteiligt, auch Schweizer Banken mitverdienen. Dies gilt auch für die von der Türkei gekauften Kriegsgüter. So beteiligten sich beispielsweise die Credit Suisse oder die UBS am deutschen Rüstungsunternehmen Kraus-Maffei-Wegmann. Diese wiederum produzieren den Leopard 2 Panzer, der von der Türkei auch in Afrin eingesetzt wurde. Man muss kein/e grosse/r WirtschaftswissenschaftlerIn sein, um den tödlichen Mechanismus dahinter zu entdecken: Je mehr Panzer weltweit vertrieben werden, desto höher ist der Umsatz der Waffenfirmen und ihrer InvestorInnen. Man kann diesen Sachverhalt am Ende aber auch nochmals drehen: Je enger Kapital und Rüstung weltweit verflochten sind, desto grösser ist der Handlungsspielraum für revolutionäre Kräfte auch in der Schweiz, sich dem Angriffskrieg und der Diktatur der Türkei aktiv entgegenzustellen. Dass internationaler Widerstand zielführend sein kann, hat der weltweite Protest vor zehn Jahren gegen den Bau des Illisu-Staudamm gezeigt. Am Ende musste die Schweiz seine Exportrisikoversicherungen für das Dammpjekt zurücknehmen.

## KOMMENTAR

## Die Solidarität organisieren

Mit dem türkischen Angriff gegen Afrin hat sich die Solidarität mit Rojava wieder intensiviert. Weltweit werden Demonstrationen organisiert, solidarische Aktionen zielen gegen UnterstützerInnen des türkischen Staats oder gleich direkt gegen seine diplomatischen Vertretungen und überall kommen Menschen zusammen, um gemeinsam die Solidarität mit Rojava zu organisieren.

Zahlreiche Aufrufe zirkulieren, die jeweils unterschiedliche Fragestellungen herausgreifen und zu verschiedenartigen Formen der praktischen Solidarität aufrufen. Gemeinsam ist ihnen, dass sie die Dringlichkeit der Praxis ins Zentrum rücken. Leute in Rojava erzählen, wie die Nachricht jeder solidarischen Aktion Kraft gibt und sie in ihrem täglichen Kampf bestärkt. Jede Geste des «Ihr seid nicht allein, wir sind mit euch» zählt.

Nachdem bald fünf Jahre seit der Ausrufung der Autonomie in Rojava vergangen sind, ist klar, dass die Solidaritätsbewegung mit Rojava einen langen Atem braucht. Diese historische Erfahrung hält an und die kommenden Monate und Jahre werden uns Gelegenheiten geben, um zusammenzukommen, uns zu vernetzen und gemeinsam – im Wissen um unsere Widersprüche wie auch im Bewusstsein für das verbindende Element von Rojava – aktiv zu sein.

Es geht darum, an einem Kapitel in der Geschichte des Internationalismus weiterzuschreiben. Gegen den spalterischen Nationalismus, der die gemeinsamen Interessen der ArbeiterInnen und unterdrückten Völker zu verschleiern versucht, stellen wir das Verbindende ins Zentrum. Was kümmern uns die Grenzen da schon?

Die Richtlinie unserer Politik ist die Frage der Revolution, des Prozesses dahin und der Perspektive darin. Darin stellt Rojava eine unheimlich wichtige Erfahrung dar. Wir sind überzeugt, dass sich Rojava einreihen lässt in Erfahrungen wie der Pariser Kommune, der Oktoberrevolution oder der chinesischen Revolution. So wie bei diesen gilt es auch bei Rojava, sich diese Erfahrung anzueignen und daraus die für heute relevanten Fragen herauszuschälen. Klar: Das ist keine Tätigkeit, die sich retrospektiv vom Schreibtisch aus erledigen lässt.

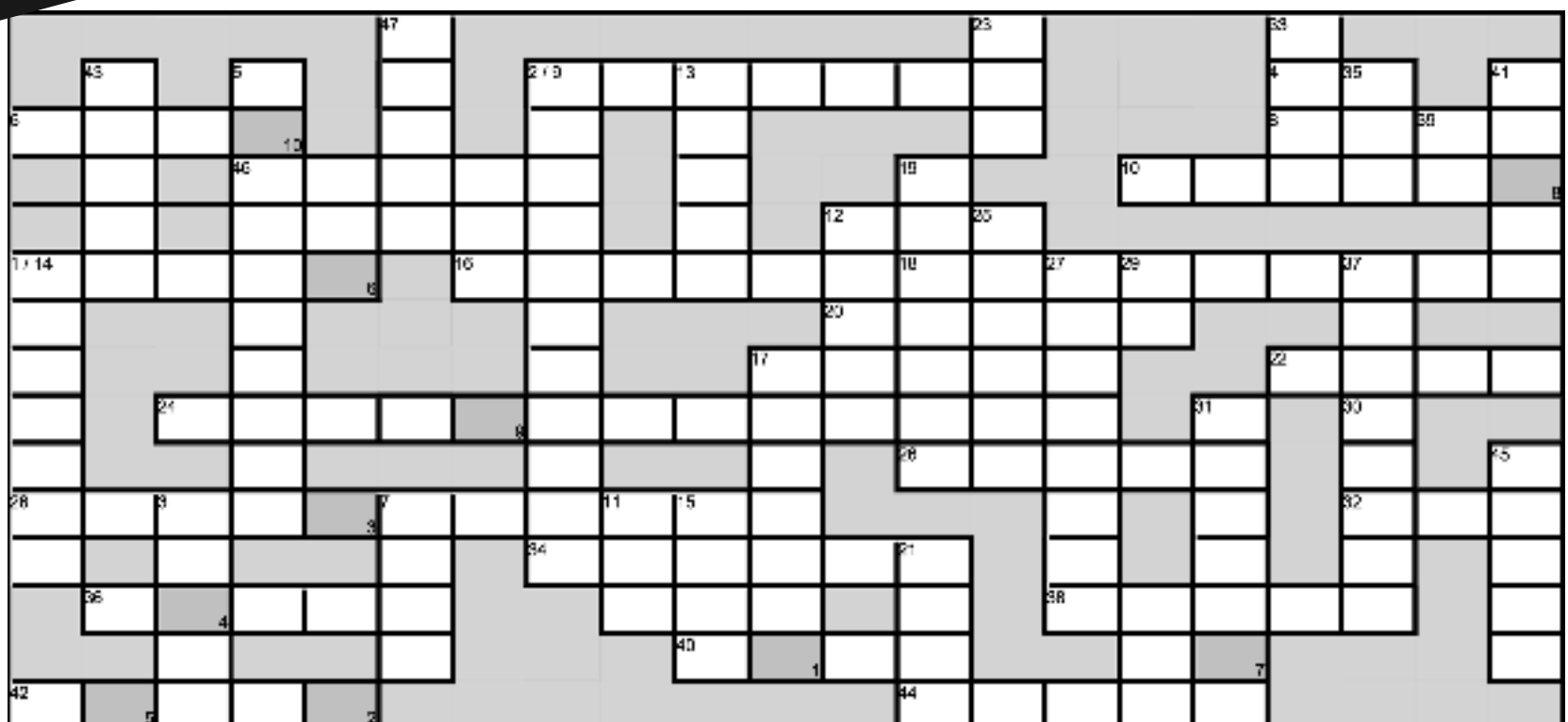
Rojava als historische Erfahrung heisst, sie heute verteidigen und darauf hinarbeiten, dass Rojava selbst im Falle einer Niederlage nachhaltige Spuren hinterlässt. Rojava gibt Kraft in Zeiten, in denen hier die revolutionären Perspektiven weder sonderlich klar noch zahlreich sind. Rojava bringt Kräfte zusammen, wo sonst oftmals spalterische Tendenzen stark waren. Und schliesslich vermittelt Rojava bis weit in die Gesellschaft, dass eine revolutionäre Umwälzung der Gesellschaft möglich ist, entgegen aller bürgerlichen Propaganda, die die Möglichkeit einer Revolution undenkbar scheinen lassen sollte. Rojava ist damit auch eine historische Chance für die revolutionäre Linke hier, sich in dieser Situation zu stärken und auf die Zukunft vorzubereiten. Denn Rojava zeigt gerade auch, dass es kaum möglich ist, revolutionäre Momente genau zu antizipieren. Doch wenn sie da sind, dann muss man bereit sein, um sie zu nutzen. (gpw)



## Im Bild

MigrantInnen machen die Drecksarbeit zu schlechten Löhnen. So auch in den siebziger Jahren in Deutschland. Das Arbeitskräfteabkommen zwischen Deutschland und der Türkei war erst zwölf Jahre alt, da erdreisteten sich die türkischen MigrantInnen 1973 bei Ford zu streiken – gegen den Willen der Gewerkschaften und des Betriebsrates! 8000 ArbeiterInnen beteiligten sich am Kampf. Der Streik ging verloren und die angeblichen RädelsführerInnen wurden entlassen. Und dennoch hat dieser Streik Symbolcharakter erhalten. Nämlich als Symbol dafür, dass sich auch jene wehren können, die geholt wurden, um das Maul zu halten.

## Kreuzworträtsel



1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----

**Ungerade Fragen sind senkrecht, Gerade waagrecht. Umlaute, Zahlen und mehrere Worte können vorkommen. Satzzeichen und Leerzeichen innerhalb von Worten werden weggelassen. Die komplette Lösung dieses Rätsels – wie auch des Letzten – sind ab sofort auf der Webseite [www.aufbau.org](http://www.aufbau.org) zu finden. Viel Spass!**

1: Wer Illegales tut muss sich vor ihr in Acht nehmen. Wer lange nicht putzt auch. Abgeleitet von häbräisch bewachen

2: Kommunist aus dem fernen Süden. Beim Landdiebstahl hats dieses Tier besonders einfach

3: Aus dieser schon lange zerstörten Metropole Asiens kommen heimtückische Computerprogramme bis zu uns.

4: Verbreitet im Aufbau, an der Börse und im Mittelland

5: Eine Schule ohne Schulpflicht, die nicht lehrt wonach sie benannt ist (be)

6: Wegen ihm hat in Hamburg so manche Barrikade besonders gut gebrannt

7: Ist clean - sucht dennoch ständig Drogen. Arbeitet bei der Polizei – dennoch hassen wir ihn nicht.

8: Schwarz gefiederte Kulturinstitution (be)

9: Dieses berühmte Gespenst ist seit bald 200 Jahren Subjekt vieler Horror- und Heldengeschichten.

10: In den Nächten vor der Demo brauchen wir ihn. An der Demo selber hoffen wir ihn dann aber nicht anzutreffen.

11: Wenn man sich ganz, ganz fest gern bekommt muss man sich davor in Acht nehmen (engl.)

12: Weltweit agierende Geheimorganisation mit Sitz in Langley, Virginia

13: Sie ist um uns, in uns und wir in ihr. Dennoch

sind wir schon seit längerem ziemlich effizient daran, sie zu zerstören.

14: Capitalism, Wef... oder doch nur ein paar Schaufenster?

15: Antirepstruktur bei Grossanlässen in Deutschland

16: Hauptstadt Boliviens

17: Menschenjäger im Mittelmeer, von der Schweiz mitgetragen.

18: Auf der Strasse beschützt sie militante Demonstrantinnen. Im Internet beherbergt sie Flugblätter.

19: Li- Li- Lieblingsparole der AnarchistInnen

20: Beliebtester Bastard – sogar die Kirche mag ihn

21: Island, Liechtenstein, Norwegen, Schweiz

22: Bündnis, gegründet zur Bekämpfung von Nr. 9 bzw. Nr. 27

23: Kaffee und Kuchen

24: Mir kämpfet wiiter trotz

25: Leibspeise des Geiers

26: Oberster Chef von Recep Tayyip Erdogan, Salman Ibn Abd al-Aziz und Baschar al-Assad

27: Nostalgische Erinnerung an gute alte Zeiten – oder doch eine imperialistische Grossmacht?

28: Hier residiert Donald und seine Crew

29: 21 verschwendete Wochen

30: Räumlichkeit, hochfrequentiert von Linken und basler Repressionsbeamten (bs)

31: Nicolas ..., Französischer Nationalist, - erster Chauvinist?

32: Organisierte Serienmörder, je mehr darüber bekannt wird desto unangenehmer wirts für den deutschen Verfassungsschutz

33: Dieser Planet vereint durstige Linke (zh)

34: Von Lenin gibt es viele, von uns leider noch nicht. In New York gibts eine in Freiheit, in Zürich ists der Escher

35: Ihm haben wir schon manche Träne nachgeweint

36: Ihr Inhalt ist manchmal essbar, manchmal trinkbar, manchmal ganz, ganz farbig (plural.)

37: Antike Heldinnen oder bestreiktes Versandhaus – gesucht ist der Fluss

38: Städtchen in den Alpen. Nach der Revolution wirts dort auch Ende Januar schön sein.

39: Dort soll dieses Jahr der Marsch fürs Läbe stattfinden. Wir werden ja sehen :-)

40: Ausgang – für Manchen der Letzte. Erdogan raten wir dies dringend an.

41: Wir machen sie in rot (zh), die Ampeln machen sie (manchmal) grün. In der Küche brauchen wir sie ganz, ganz klein.

42: Es wurden schon Raketen gebaut um ihn zu erforschen – obwohl er in so manchem Kuchen auch zu finden ist (engl)

43: Bis 2009 waren dort noch bewaffnete Tiger unterwegs.

44: Emanzipatorisches Projekt unter Beschuss – Biji Biji!

45: Du und ich haben 2 davon – manche Demos haben wesentlich mehr. Die vom Huhn sind besonders bekannt – Nr. 24 ist für sie ziemlich gefährlich.

46: Liebende kennen sich so, Gedanken sind es.

47: Der Gangster brauchts wegen dem Image. Die Bullen brauchens wegen dem Gangster. An deutschen Demos machen wirs wegen den Bullen. Der Süchtige raucht sie, das Velo braucht sie. auf die Polizei geworfen



# «Prenons la ville»

**DEMOBERICHT Die Stadt Genf verändert sich in die gleiche Richtung, wie viele andere grosse Städte. Dagegen gibt es Ansätze von Widerstand.**

(agj) An diesem regnerischen 17. März in Genf versammeln sich etwa 2000 Menschen zur Demo «Nehmen wir uns die Stadt» (siehe Titel). Die Demo beginnt gleich unterhalb vom Bahnhof, dem traditionellen Besammlungsort für Demos in Genf. Angeführt von einem grösseren schwarzen Block und begleitet von Pyros und Rauchtöpfen geht die Demo in Richtung Rhone und der Rues Basses, dem Bahnhofstrassenquartier von Genf. Zur Demo aufgerufen haben dutzende Organisationen, Parteien und Gruppen, ein breites Bündnis mit ziemlich unterschiedlichen politischen Positionen.

Auf der Brücke über die Rhone gibt es eine Afrin-Solidaritätsaktion. Beim Erklären eines symbolischen Fliegeralarms liegen die DemonstrantInnen auf die Strasse und stellen Tote dar. Damit wird auf den Krieg hingewiesen, den die Türkei gegen Afrin, den westlichen Teils Rojavas, führt. Obwohl die Demo gegen die aktuelle Stadtentwicklung in Genf mobilisiert, ist es selbstverständlich, dass alle bei dieser Soliaktion mitmachen.

## Demo im Konsumquartier

Weiter geht die Demo ins Quartier der Rues Basses. Die Polizei, die sich vorher nur kurz bei der Besammlung mit den Motorradbullen gezeigt hat, ist ab jetzt eine treue Begleitung. Eine Parallelstrasse weiter begleiten Zehnertrupps den Kopf der Demo. In jeder Querstrasse sieht man sie vorbeihuschen und dann verstohlen um die Ecke gucken. Ist das die neue Version des Spalierlaufens in Genf? Vor den teuren Läden stehen zudem jeweils 5 PolizistInnen und beschützen den Eingang. Als ein Polizist einen Rauchtopf, der vor seinen Füssen landet, zurück zur Demo tritt, fliegt der sofort wieder über den Polizisten direkt ins Einkaufszentrum.

Ein paar Meter weiter steht ein Wahlpropaganda-stand von «Genève en marche», die Nachfolgepartei des rechtspopulistischen «Mouvement citoyen genevois». Die Partei macht gegen GrenzgängerInnen und AusländerInnen Stimmung, die für alle Probleme in der Stadt verantwortlich sein sollen. Der Chef der Partei, und Rechtsextremist, Eric Stauffer ist auch am Stand. Die Polizei stellt sich sofort mit gezückten Schlagstöcken und Pfeffersprays zum Schutz des Wahlstandes



Die Demo befindet sich auf der Mont-Blanc-Brücke.

und von Eric Stauffer auf. Die Demo ist zu wenig entschlossen, um durch die Polizeireihe durchzubrechen und so geht es die geplante Demoroute weiter.

Vorbei an den schon seit langem aufgewerteten Gebäuden und an den teuren Läden geht es stets begleitet von der Polizei weiter in Richtung Usine. Die Polizei bleibt aber bei der Credit Suisse zurück, danach kommen keine Filialen von Grossunternehmen mehr. Kurz vor der Usine werden die Strassen mit Transpis blockiert und die Demo bleibt stehen. Hier wird ein Gebäude besetzt, das seit fast 30 Jahren leer steht. Mehrmals wurde es besetzt, aber jedesmal wieder von der Polizei geräumt. Nie wurde das Bürogebäude aber nach den Räumungen vermietet. Es steht seit dem Neubau leer und steht als Zeichen für die Spekulation da. Nach der Demo wurde es für kurze Zeit wieder genutzt und es gibt zumindest eine Ahnung für welche Stadt die DemonstrantInnen eintreten.

## Internationale Organisationen als Aufwerter

An einem wichtigen Grund der hohen Mieten und Preise in Genf ist die Demo nicht vorbeigekommen. Seit langem steht in Genf der Uno-Hauptsitz in Europa.

Auch die WTO hat ihren Hauptsitz in Genf und weitere internationale Organisationen sind vertreten (WHO, ICRC,...). Damit gibt es viele gut bezahlte Funktionäre, die gerne in der Nähe ihres Arbeitsortes wohnen wollen. Diese Leute können sich viel höhere Mieten leisten als die Durchschnittsbevölkerung, was sich auf das Preisniveau eines Quartiers oder sogar der ganzen Stadt auswirken kann. Zudem gibt es mit den Hauptsitzen internationaler Organisationen auch viel mehr kürzerfristige Aufenthalte. Das heisst, dass über Plattformen wie AirBnB Wohnungen tage- oder wochenweise vermietet werden können. Oft kommt so auf einen Monat berechnet für die BesitzerInnen viel mehr Miete rein, als eine reguläre Miete beträgt. Zum allgemeinen Trend der Gentrification und der Verteuerung des Lebens in den Städten kommt also in Genf noch der spezielle Faktor der internationalen Organisationen dazu.

Die Besetzung eines Hauses nahe der Usine kann für ein paar Menschen für einige Zeit (oder für eine Nacht) das Leben in der Stadt ermöglichen. Längerfristig braucht es wohl aber andere Mittel, um eine lebenswerte Stadt zu schaffen.

**Klasse gegen Klasse,  
Krieg dem Krieg,  
Kampf dem Kapital –  
bis der Frieden  
siegt!**

**SOLIDARITÄT**

**HEISST  
WIDERSTAND**

20. – 22. April  
Politwochenende,  
Kanzleiareal Zürich

**1. MAI**

**SOLIDARITÄT**

**HEISST  
WIDERSTAND**

9:30  
Revolutionärer  
Block, Helvetia-  
platz ZH

12:30  
Revolutionärer  
Treff, Kanzlei-  
areal ZH

# Moderne Produktivkräfte und ihre Auswirkungen

**ÖKONOMIE Viele Namen gibt es für die Zusammenschlüsse in der Wirtschaft zur Förderung moderner Produktivkräfte. Die einen kennen es unter dem Namen Industrie 4.0 andere unter dem Namen IIC aus den USA oder IVI aus Japan.**

(gpw) Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass Sprünge in der Entwicklung der Produktionsmittel und -methoden immer eine Umwälzung mindestens eines Teils der Gesellschaft nach sich gezogen haben. Ohne Manufakturen wäre die Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsweise, ohne Fließband die Massenproduktion einiger Waren, und ohne Roboter wäre heute eine rationelle Produktion nicht mehr denkbar. Wie wir noch sehen werden: Jede dieser Entwicklungen führt zur Verbilligung der betroffenen Waren. Auf der anderen Seite gehen Arbeitsplätze verloren, die durch Maschinen ersetzt werden und vom Lohn für einfache Arbeiten kann man kaum noch leben.

Voraussetzung für eine revolutionäre Politik heute ist es, diese Entwicklungen verstehen und einordnen zu können. Nur so gelangen wir zu einem Verständnis der Auswirkungen auf das Proletariat, das Kleinbürgertum und die Bourgeoisie.

Einige neuere Auswirkungen dieser Entwicklung springen ins Auge, z.B. wenn Brücken mit dem 3D-Drucker hergestellt oder ein Amazone-Laden in den USA vollkommen ohne Verkaufspersonal auskommt. Die verschiedenen Kapitalfraktionen haben solche Entwicklungen längst zum Programm erhoben. Unterschiedlich dabei ist hauptsächlich die Reichweite der Zielsetzung. Während Industrie 4.0 weit in die Zukunft gerichtet ist und hauptsächlich die Produktion betrifft, legen die Verbände IIC (Industrial Internet Consortium) und IVI (Industrial Value-Chain Initiative) das Hauptgewicht auf die schon heute umzusetzenden Möglichkeiten, sowohl in der Produktion, wie auch in der Verteilung bis hin zum Verkauf, wie beim Amazone-Laden ersichtlich ist. Gleichzeitig hat auch China eine ähnliche Initiative ergriffen.

In ihrem Wesen sind diese Programme und die sie pushenden Verbände gleich. Alle haben zum Ziel, die neuen Technologien in den verschiedenen Sektoren einzuführen und so den Konkurrenzkampf für sich zu entscheiden oder, wenn das nicht gelingt, wenigstens zu überleben. Zurückbleiben bedeutet Untergang. Diese Entwicklung verschärft einmal mehr die Konkurrenz zwischen den einzelnen Konzernen und vor allem auch zwischen den Kapitalfraktionen, was der Grund dafür ist, dass ihre Verbände und Forschungsgemeinschaften national organisiert sind.

## Konzentration der Produktion

Je höher die Produktivkräfte entwickelt sind, desto grösser werden die Investitionen, die für die Besitzenden notwendig sind, um weiterhin zur Bourgeoisie bzw. zum Kleinbürgertum zu gehören. Dies hat direkte Auswirkungen auf alle Klassen. Um es gleich vorweg zu nehmen: Das Kleinbürgertum hat infolge der rasanten Entwicklung der Produktivkräfte am meisten zu verlieren. Nicht dass wir den KleinbürgerInnen nachweinen, doch bildet das in seiner Existenz bedrohte Kleinbürgertum eine Massenbasis für die reaktionären politischen Kräfte. Deshalb sind diese Entwicklungen für unsere Politik wichtig.

Viele KleinbürgerInnen können sich nach wie vor in einer Nische verkriechen und dort Ihre Existenz sichern, doch werden sie – wie auch die kleinen KapitalistInnen – immer abhängiger von den grossen Konzernen. Sie binden ihre ganze Produktion vertraglich an die Grossen, so dass sie jederzeit fallen gelassen werden können, oder ihre Produktion vollkommen den kontrollierenden Konzernen anpassen müssen. Beides unterbindet die Unabhängigkeit, auf welche die KleinbürgerInnen so stolz sind.

Die Konzentration der Produktion in immer grösser werdenden Konzernen geht damit Hand in Hand mit dem Überleben des Kleinbürgertums auf Kosten von dessen «Freiheit». Wenn wir uns z.B. der Autohersteller Audi vor Augen führen, der in sein Werk in Ungarn um die acht Milliarden Euro gepumpt hat, wird klar, dass kleine und mittlere Unternehmen nicht mithalten können.

Dies führt die viel beschworene freie Konkurrenz ad absurdum und zeigt, dass diese Konkurrenz hauptsächlich zwischen den grossen Konzernen und den verschiedenen Kapitalfraktion ausgetragen wird. Die



Roboter im Einsatz.

KleinbürgerInnen sind hier ein Anhängsel, der einmal überlebt und ein andermal untergeht, heute in der Produktion nützlich und morgen überflüssig ist.

## Die Kapitalakkumulation stockt

Die ganze Entwicklung ist vor dem Hintergrund der chronischen Kapitalüberproduktionskrise zu analysieren. Diese zeigt sich darin, dass in den traditionellen Wirtschaftssektoren zu viel Kapital investiert worden ist: Zu viele Automobilfabriken, zu viele Hersteller von Waschmaschinen und Fernsehgeräten etc.

Die Durchschnittsprofitrate in diesen Sektoren ist so stark gesunken, dass eine weitere Akkumulation von Kapital keinen zusätzlichen Profit mehr abwerfen kann. Akkumulation heisst nichts ja anderes als ausgepressten Profit für die Erweiterung einer Produktion zu investieren, um noch Profit zu machen. Daher stockt die Kapitalakkumulation, welche der Selbstzweck der kapitalistischen Produktionsweise ist.

Deshalb muss das Kapital fieberhaft neue Wirtschaftssektoren finden oder die Produktionsbedingungen in den alten fundamental umwälzen. Solche Umwälzungen gab es in der Geschichte immer wieder: vom Handwebstuhl zum dampfgetriebenen Webstuhl, von der Postkutsche zum Automobil, von der Manufaktur zum Fließband. „Industrie 4.0“ deklariert die laufenden Entwicklungen in Digitalisierung und Automatisierungen zur herbeigesehnten nächsten „industriellen Revolution“.

In den neuen oder modernisierten Wirtschaftszweigen entstehen zwar Extraprofite für die dort aktiven KapitalistInnen, aber das funktioniert nur für eine gewisse Zeit. Und diese Zeit wird immer kürzer. Wenn alle modernisiert haben, werden auch die neuen Produktionssektoren zu traditionellen, in denen die Profitrate gesunken ist, nicht mehr profitabel akkumuliert werden kann und zusätzlich beschäftigte Arbeitskräfte wieder wegrationalisiert worden sind. Der gegenwärtige kleine Aufschwung wird voraussichtlich durch einen umso heftigeren Kriseneinbruch abgelöst werden.

Alle „industriellen Revolutionen“ führen zu einem sprunghaften Anstieg der Produktivkraft: Mit immer weniger menschlicher Arbeit können immer mehr Gebrauchswerte zu jeweils sinkenden Stückpreisen hergestellt werden. Dadurch verbilligt sich das was wir an Konsumgütern brauchen, um unsere Arbeitskraft und die unserer Nachkommen zu reproduzieren, es verbilligt den «Warenkorb». Es geht den Bourgeois also darum, den Wert des Warenkorbs niedrig zu halten, so dass möglichst viel Gratisarbeitszeit aus der Arbeitskraft herausgepresst werden kann.

## Ausbeutung als wissenschaftlicher Begriff

Ein Mittel dazu ist der Kapitalexpert, also die Verlagerung der Produktion ins Ausland wo die Arbeitskräfte billiger sind. Wenn dadurch die Produktion eines Fernsehers billiger wird, fällt dementsprechend der Wert des Warenkorbs der hier ansässigen Arbeitskräfte. Den Gegenwert der Waren im Warenkorb – die wir mit unserem Lohn kaufen – produzieren wir deshalb in einem kürzer werdenden Teil unserer Arbeitszeit. Das heisst nichts anderes, als dass wir länger gratis für die Kapi-

talistInnen arbeiten, dass wir also stärker ausgebeutet sind. Diesen Mechanismus spüren wir aber nicht direkt, sondern er findet gleichsam „hinter unserem Rücken“ (Marx) statt – anders als die direkten Angriffe auf unsere Arbeits- und Lebensbedingungen infolge der neoliberalen Wirtschaftspolitik oder der Gentrifizierung.

Es ist wichtig, den Begriff Ausbeutung als das zu verstehen was er ist, nämlich als wissenschaftliche Definition der Höhe des Mehrwerts, das ein Mitglied der proletarischen Klasse für das Kapital abwirft. Zwar erscheint es uns immer so, also ob ein Mitglied des Proletariats, das untergeordnete Arbeit leistet, von einem einzigen Job nicht mehr leben kann, sondern mehrere hierzu benötigt und sich jeden Moment durchkämpfen muss, stärker ausgebeutet sei, als ein hoch qualifiziertes Mitglied mit besserer Bezahlung, dass sich vielleicht nicht einmal als all zu sehr von der Ausbeutung betroffen sieht. Dies trifft aber nicht das Wesen der Ausbeutung.

Der Grad der Ausbeutung wird definiert über die geleistete Arbeitszeit, die wir gratis für den Eigentümer eines Betriebs arbeiten, im Vergleich zur Arbeitszeit, die wir für die Produktion des Gegenwertes unseres Lohnes brauchen. Diese Gratisarbeit ist beim Ingenieur bei Samsung oder Apple viel höher als bei der Köchin im Migros-Restaurant; bei einer Biologin der Roche höher als beim Kellner im Mövenpic.

Es ist also kein Zufall, dass milliardenschwere Konzerne nicht durch die Ausbeutung von Putzpersonal leben, sondern durch die Ausbeutung von ArbeiterInnen, die hochkomplexe Arbeiten durchführen. Die Entwicklung von Medikamenten, Robotern, Software oder andere hochentwickelte Produktions- und Konsumtionsmitteln bilden die hauptsächlichliche Quelle der Profite dieser Konzerne.

**Rote Welle**

**LoRa 97.5 MHz**

**Sonntag  
18 bis 20 Uhr  
Immer am ersten  
Sonntag des Monats**

**Wiederholungen  
jeweils  
donnerstags  
10 bis 12 Uhr**

Kritik und Anregungen an:  
Rote Welle, Postfach 8663, 8036 Zürich

# Arbeiten, wenn die Vorgesetzten es sich wünschen

**ÖKONOMIE Die Auswirkungen der Entwicklung der Produktivkräfte sind für die ArbeitnehmerInnen spürbar und lassen sich unter dem Thema Flexibilisierung darstellen.**

(gpw) Auch wenn sich durch die Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt das Ausbeutungsverhältnis strukturell nicht verändert, haben die neusten Produktivkraftentwicklungen ihren Einfluss auf die Arbeits- und Lebensbedingungen der ArbeiterInnen. Damit diese Veränderungen für die KapitalistInnen möglichst reibungslos über die Bühne gehen können, bereiten sie die Arbeitenden mit bewusst positiv formulierten Einschätzungen auf die Veränderungen vor. Der Bundesrat schreibt in seinem Bericht vom November 2017 über die Auswirkungen der Digitalisierung auf die Beschäftigung zum Beispiel, dass die Digitalisierung den Erwerbstätigen eine bessere Möglichkeit gäbe, Arbeit und Privatleben zu vereinbaren, da die Arbeitszeiten den individuellen Bedürfnissen angepasst werden könnten. Qualifizierte Arbeitskräfte werden mit dem Versprechen nach einer Verflachung der Hierarchien und vermehrten Mitwirkungsmöglichkeiten im Betrieb geködert.

## Flexibilität erhöht die Unsicherheit

Das Zauberwort für die Beschreibung dieser Auswirkungen auf die Arbeits- und Lebensbedingungen der Werkstätigen ist der Begriff „Flexibilisierung“. Gemäss Wikipedia ist damit der Prozess zur Erreichung einer erhöhten Agilität von Organisationen und Personen durch die Reduzierung fester Regeln und Strukturen gemeint. Die KapitalistInnenklasse, welche gegen den tendenziellen Fall der Profitrate ankämpft, will mit der Flexibilisierung des Arbeitsmarktes von ihren LohnbezügerInnen mehr Gratisarbeit abpressen oder Produktionskosten senken. Insbesondere durch die Ökonomisierung der Zeit soll ein effizienzorientiertes Arbeiten herangezogen werden, um den Ausbeutungsgrad zu erhöhen. Verlangt wird unter anderem ein Übergang von umfassend vertraglich geregelten Arbeitsverhältnissen zu Vertragsverhältnissen mit möglichst wenigen Vorgaben. Die schwankende Nachfrage nach Arbeitskraft wird durch flexible Arbeitszeit geregelt (z.B. Jahresarbeitszeit) oder durch Outsourcing und befristete Arbeitsverhältnisse gesteuert.

## Auswirkungen auf den Lebensalltag

Insbesondere ab der eher qualifizierten Arbeit kennen viele bereits den fließenden Übergang zwischen Arbeits- und Privatleben, wenn berufliche E-Mails und Handys zu jeder Tages- und Nachtzeit bewirtschaftet werden. Es ist oft nicht die eigene Entscheidung, solche Mehrarbeit zu leisten, sondern der



Karikatur zu Flexibilität von Mario Lar.

innerbetriebliche und der gesellschaftliche Druck, mit dieser Entwicklung Schritt zu halten. Wer – was häufig der Fall sein dürfte - diesen Mehraufwand nicht zusätzlich entlohnt erhält, leistet mehr Gratisarbeit. Ist ein Arbeiter oder eine Arbeiterin für die Wartung eines Roboters zuständig, wird er oder sie unabhängig der Uhrzeit Arbeit leisten müssen, wenn die Maschine per app ein Problem meldet. Wer auf diese Weise auf Abruf arbeitet, wird für einen Einsatz wenig Lohn erhalten und für den Lebensunterhalt bald mehrere Jobs benötigen.

Wird die Arbeitszeit den Marktschwankungen unterworfen, führt dies generell zu unkalkulierbaren Regenerationszeiten und einem erhöhten Koordinationsaufwand im Privatleben. Überbelastungen mit gesundheitlichen Folgen und die Unsicherheit, das eigene Leben nicht mehr im Griff sowie mit der Familie und dem sozialen Umfeld nicht mehr genügend Kontakt zu haben, nehmen zu, wie in Statistiken des Bundesamtes für Statistik nachzulesen ist.

## Welchen Weg einschlagen?

Im Verlauf des 20. Jahrhundert hat die ArbeiterInnenklasse sich zumindest in Westeuropa zum Teil gegen die Auswirkungen eines zu langen Arbeitstages oder einer ungesunden Schichtarbeit zur Wehr gesetzt. Der 8-Stunden-Tag und eine arbeitsfreien Zeit und Nachtruhe von täglich in der Regel mindestens 11 Stunden waren die Folge davon. Was den Werkstätigen nun vom Bundesrat als scheinbar positive Errungenschaften verkauft wird, ist ein Abbau dieser hart erkämpften Errungenschaften. Als Klasse der Werkstätigen, ob als qualifizierte oder einfache ArbeiterIn, sollten wir uns gut überlegen, ob diese Flexibilisierung unter kapitalistischen Vorzeichen nicht das Gegenteil von dem bewirkt, was die ArbeitnehmerInnen einer Gesellschaft sich hauptsächlich wünschen: ausreichende finanzielle Mittel für die Deckung der eigenen und der familiären Bedürfnisse, eine Arbeit, ohne übermässige Belastungen und ohne die eigenen Gesundheit aufs Spiel zu setzen und genügend Zeit, seine familiären und sozialen Bedürfnisse zu pflegen.

## UNVERBREITETE NACHRICHTEN

### Molotov-Cocktails auf Türkisches Konsulat

In der Nacht auf den 2.4. haben wir das Türkische Generalkonsulat in Zürich mit Molotov-Cocktails angegriffen.

Eigentlich verlangt diese Aktion kaum eine Erklärung. Ausgehend von Afrin, hat sich der Widerstand gegen den türkischen Besatzungskrieg in Windeseile über Kurdistan, den Mittleren Osten bis in die Städte Europas und darüber hinaus verbreitet. Überall auf der Welt ist es diesem Widerstand gelungen, den faschistischen Charakter des Erdogan-Regimes zunehmend offen zu legen. Es gibt mittlerweile dutzende Aufrufe zur internationalistischen Unterstützung Afrins mit verschiedensten Mitteln - wir unterstützen sie alle.

Wir wollen die angekockelten Wände des Türkischen Konsulates nutzen, um nochmals aufzurufen: Verstärken wir den Widerstand gegen den türkischen Faschismus! Verteidigen wir Rojava, jenes Projekt, das Millionen Menschen auf der ganzen Welt Hoffnung und Zuversicht gibt, dass es sich lohnt zu kämpfen!

Machen wir uns nichts vor, Rojava steht an einem kritischen Punkt. Da ist nicht nur die militärisch-technische Übermacht des NATO-Staates Türkei und seiner jihadistischen Söldner-Armeen. Da ist auch der ebenso verheerende wie unumgängliche Umstand, dass von der USA über Europa bis nach Russland keine kapitalistische Regierung auch nur das geringste Interesse an einer Verteidigung oder gar weiteren Vertiefung der Revolution von Rojava hat. Zwar sind viele der europäischen Herrschaften wohl zu selbstverliebt, um zu begreifen, dass dieselbe Emanzi-

pation des Menschen, die in Rojava gelebt wird, am Schluss nicht nur Erdogan's und Assad's Paläste hinwegfegen wird sondern auch ihre eigenen. Doch was die Herrschenden in Bern und Berlin sehr genau wissen ist, dass sich mit einer faschistischen Türkei besser Geld verdienen lässt als mit einem in Kooperativen organisierten freien Rojava. Es ist dieses Wissen, welches sie zu ihrer dreckigen Komplizenschaft mit Erdogan veranlasst. Dass sich mit jihadistischen Warlords die Bevölkerung besser spalten und in Unterdrückung halten lässt als mit einem basisdemokratischen frauen-ermächtigende Rätssystem.

Zweifellos, der Feind Afrin's und der gesamten türkisch-kurdischen Freiheitsbewegung ist stark. Doch auch hier: Machen wir uns nichts vor. Seine Stärke beruht nur auf Kampfjets und europäischen Milliarden. Was er nie haben wird, ist die unendlich viel grössere Stärke des Drangs nach Freiheit und der Solidarität von Millionen Menschen. Die Bevölkerung von Afrin, von Shengal und von Amed hat in den letzten Monaten und Jahren immer wieder bewiesen, wie aus moralischer Stärke militärische Stärke wird. Es liegt an uns - der militanten Solidaritätsbewegung in Europa - es ihr gleich zu tun: Nehmen wir unseren Platz ein, vermehren wir unsere Aktionen und egal von welcher Form diese sind, führen wir sie direkt und entschlossen durch! Gegen den türkischen Faschismus und gegen die europäischen Kriegsprofiteure.

Zum Schluss: Lassen wir uns nicht verunsichern vom bluttrunkenen Siegesgeheul der Türkei in Afrin! Seit einer Woche ist der Krieg in Afrin in eine neue Phase getreten, wobei die Volksverteidigungseinheiten von einem Fronten-

krieg zu einem Guerillakrieg übergegangen sind. Kriege verlaufen nicht linear und die Türkei ist weit davon entfernt, diesen gewonnen zu haben!

Es lebe Afrin, es lebe die Guerilla!





# Die Rechten Femininen – wie die Identitäre Bewegung Frauen instrumentalisiert

**IDENTITÄRE BEWEGUNG In der Neuen Rechten nehmen Frauen vermehrt politische Funktionen ein und setzen sich über soziale Medien in Szene. Die Identitäre Bewegung (IB) hat durch eine aktivere politische Einbindung von Frauen ein neues Konzept entwickelt. Antifeminismus wird darin von modernen jungen Frauen propagiert.**

(agafzh) Seit dem Sommer 2016 wird die IB im deutschsprachigen Raum vermehrt öffentlich wahrgenommen. Sie versteht sich als Jugendbewegung der Neuen Rechten und vertritt ein ethnokulturelles Weltbild – eine Vermischung der Kulturen oder Rassen erachten sie als Gefährdung der überlegenen europäischen Kultur. Diese Vermischung werde durch den Liberalismus aktiv gefördert.

Auf ihrer Website wird für eine Art weltweites Apartheitsystem geworben. «Festung Europa, mach die Grenzen dicht» ist einer ihrer Sprüche auf Demos. Bekannt wurden sie vor allem durch ihre nicht immer erfolgreichen, dennoch medienwirksamen Aktionen wie bspw. der Aktion «defend europe». Im Sommer charterte eine Crew bestehend aus IB-MitgliederInnen ein Schiff im Mittelmeer um Flüchtlinge an der Überfahrt nach Europa zu hindern. Die Identitären sind gut vernetzt und eng mit weiteren rechten Strukturen verbunden. Insbesondere über den «rechtsintellektuellen» Götz Kubitschek und seinen Antaios Verlag ist auch die Verbindung zur AfD sichergestellt (siehe Kasten). Verweiblichung, Verweiblichung und Pluralismus der heutigen Zeit sind in der rechten Szene das Gegenteil ihrer propagierten Vorstellung von Männlichkeit. Es zeigt ihrer Meinung nach, dass sich Männlichkeit in einer Dekadenz befindet. Eine Ansicht, die europäische Neue Rechte ebenfalls teilen. Dementsprechend sei auch Homosexualität einer der Hauptgründe für diese Dekadenz und für geringe Geburtenzahlen die das Volk aussterben lasse.

## Hippe junge Frauen als Aushängeschilder und als treue Untergebene des europäischen Mannes

Die Frau gilt als Retterin von Nation und Volk und hat dadurch eine zentrale Rolle in der von ihnen angestrebten Gesellschaft. Die Geschlechter werden als komplementär begriffen: Der Mann als aktiv im Kampf, die Frau schwach und passiv, dabei jedoch immer das grosse Ganze im Auge habend. Gleichzeitig wird der Begriff Gleichberechtigung umdefiniert. Sie soll für die Frau gemäss ihren zugeschriebenen weiblichen Eigenschaften bedeuten, dass sie Mutter werden und die ganzen Sorgearbeiten übernehmen soll. Die Identitären haben aber begriffen, dass mit diesem «altmodischen» Frauenbegriff nur bedingt Attraktivität für interessierte Junge hergestellt werden kann. Darum propagieren sie gleichzeitig zu diesem Frauenbild auch die starke, junge Frau, die sich für den Erhalt ihres Volkes einsetzt.



Meanie Schmitz, Trendy und Rechtsextrem

Ein Beispiel dafür ist etwa Melanie Schmitz, die als «rebellante» auf Instagram das Bild der modernen, rechts-alternativen jungen Frau prägt. In hipster-alternativem Look verbindet sie Avocados mit völkischem



Antifa-Demo gegen das Hausprojekt der Identitären Bewegung in Halle.

Gedankengut. Als betont femininer Mensch zeigt sie, dass rechtsradikale Frauen selbstbewusst und stark sein können. Sie will zeigen, dass es heutzutage möglich ist, dass rechtsextremes Gedankengut modern daher kommen kann. An Demos stets in der ersten Reihe, wird sie in den sozialen Medien der IB als Vorzeige-«Selbstverteidigerin» dargestellt. Frauen sollen sich gegen die Übergriffe der ausländischen Männer wehren. Sie haben teilweise tatsächlich mächtige Funktionen innerhalb der Bewegung. Jedoch immer nur so, dass sie für die männlichen Kader nicht zur Konkurrenz werden. Sie besetzen oft Positionen, die ihrer natürlichen Bestimmung als Mutter entsprechen. Dies wird von Frauen wie Schmitz auch nie in Frage gestellt – auch sie sieht ihre Zukunft als Ehefrau und Mutter.

Ein weiteres Beispiel für die gewünschte Aussenwirkung der Frauen in der IB ist Alina Wychera, die im Gegensatz zur jungen hippen Schmitz eine betont mütterliche und christlichen Werten entsprechende Rolle einnimmt. Sie gibt sich naturverbunden, ruhig, drückt sich sehr dezent aus und spielt ihre Rolle als künftige Mutter bereits jetzt perfekt.

## Kampagnen – gegen Gewalt an deutschen Frauen durch ausländische Männer

Dass die neurechten Frauen nun so bewusst in die Öffentlichkeit gehen, legitimiert aus der Perspektive der Rechten deren Kampf gegen das, was sie als «liberale Gesellschaft» bezeichnen zusätzlich. Als potentielle Gewaltopfer leiden Frauen, so die Rhetorik der Rechten, besonders stark unter der zunehmenden Migration und angeblichen Islamisierung der Gesellschaft. So hat auch in der letzten Zeit vor allem die Kampagne #120db sowie «Botschaft an die Frauen» viel Aufsehen erregt. Sie sind als Gegenstück zu #metoo zu verstehen und richten sich indirekt gegen den Feminismus. Ziel ist, Rassismus und Islamophobie zu schüren, indem Opfer von sexueller Gewalt durch migrantische Männer erwähnt werden. Gänzlich verschwiegen werden alltägliche sexuelle Gewaltstrukturen, welche das patriarchale, kapitalistische System reproduziert und stützt. Tipps für die Frauen sind denn auch: «nicht alleine ausgehen, sich nicht in Menschenmengen aufhalten, keinen Alkohol trinken und mal über stichfeste Kleidung nachdenken».

## Übernahme Deutungshoheit Feminismus – Radikal Feminin/femininer Feminismus

Wie bereits oben beschrieben, ist der Antifeminismus in der Neuen Rechten ein wichtiges Thema. Die traditionelle, bürgerliche Familie als Stütze von Staat und Gesellschaft sind ihrer Ansicht nach die einzig wahre Lebensform. Das Gebären und Aufziehen von Kindern wird als die erfüllende Aufgabe im Leben einer Frau dargestellt – und dabei ganz bewusst als eine Form von Macht inszeniert. Mit dem Blog «radikal feminin» wollen zwei junge Frauen der IB gegen den Feminismus und den sogenannten Gender-Wahn eintreten und die klassische Rollenverteilung wieder stärken. Ihrer Meinung nach braucht es den Antifeminismus um die Frauen aus der vom Feminismus zugeschriebenen Rolle und von der Bevormundung durch die Feministinnen zu schützen. Die «moderne und konservative Frau» sei von ihrer Rolle als Ehefrau, Hausfrau und Mutter gänzlich

erfüllt. Der Feminismus habe Männer und Frauen zu Gegnern und die Frauen zu Opfern gemacht. Im Blog wird auf einen Einwand einer Userin, sie könne in einer emanzipierten Gesellschaft wohl anziehen was sie wolle, entgegnet: «du kannst machen was du willst aber das kann unschöne Konsequenzen haben also zieh vielleicht doch lieber etwas Anderes an».

Ebenfalls von der IB publizierte Standpunkte bezüglich Anti-Feminismus stammen von Birgit Kelle, einer reaktionären Journalistin und Autorin. Sie ist der Meinung «der berufstätigen, kinderlosen Frau liegt die Welt zu Füßen. Die nächste Frauenbewegung wird sich um die Mütter kümmern müssen» und schiebt die traditionelle Frau in die Opferrolle. Sie müsse sich heutzutage schämen, überhaupt noch eine Frau nach «alten» Werten zu sein. Ihre Bewegung beschreibt sie als «femininen Feminismus» - sie kämpft gegen die «traditionellen» Feministinnen, für die reaktionären Rollenbilder und sieht die Familie und die Kinder als Opfer der Frauenemanzipation. Dadurch wird versucht, die Frauenkampfbewegung zu diskreditieren und bei jungen Frauen Selbstemanzipation zu verhindern. Letztendlich mit dem Ziel die Zucht und Ordnung von Früher wiederherzustellen.

Junge Frauen erfüllen gleich zwei Rollen: Sie sind aus Sicht der Rechten nicht nur die ersten Opfer des «grossen Austauschs», sondern auch der Schlüssel zur Lösung des Problems. Der Feminismus ist für die Rechtsextremen ein Gegner, welcher den weiblichen Körper «falsch» politisiert. Für die IB steht nicht die Befreiung der Frau, sondern das (europäische) Volk im Zentrum. In ihrem Kampf um die Erhaltung des Volkes kommt allen Frauen daher eine wichtige Rolle zu; sie müssen europäische, weisse Kinder zeugen – der Körper der Frau gehört nicht ihr selbst, sondern der Nation oder dem Volk.

## Götz Kubitschek

Der deutsche Verleger, Publizist und politische Aktivist der Neuen Rechten ist Mitbegründer der neurechten Denkfabrik «Institut für Staatspolitik» (IFS), sowie Redakteur der Zeitschrift «Sezession», welche zweimonatlich erscheint. Zudem leitet er den rechtsextremen deutschen Buchverlag Antaios und pflegt durch den Vertrieb rechtsextremer Medien gute Kontakte zur NPD, PEGIDA, dem rechten Flügel der AfD aber auch zur IB. Er war federführend bei der inhaltlich-konzeptionellen Fundierung der IB in Deutschland beteiligt, da er mit seinem Vorgängerprojekt «Konservativ-Subversiven Aktion» den Baustein gelegt hat. Er war fasziniert von «Aktivismus und Voluntarismus linksradikaler Strömungen» und wollte diese für die Rechtsextremen adaptieren. Zudem wird ihm die Rolle eines Bindeglieds zwischen der AfD (insb. zu Björn Höcke), PEGIDA (Lutz Bachmann) sowie der IB zugeschrieben. Er lebt mit seiner Frau auf dem ehemaligen Rittergut Schnellroda in Steigra in Sachsen-Anhalt und pflegt dort ein seiner rechtsextremen Einstellung entsprechendes Leben. Sein Rittergut wird auch für Konferenzen der neuen Rechten genutzt.

# Dr Rhot isch en Idiot

**REPRESSION In Basel nimmt die Repression zu seit der ehemalige Vize Chef der Kantonspolizei ist. Das Ziel ist eine Spaltung der Linken.**

(rabs) Linke Menschen in Basel sehen sich in letzter Zeit häufiger mit Repression konfrontiert. Ein paar Beispiele: Eine relativ kleine und offensichtlich friedliche Demo gegen Repression wurde Ende Dezember letzten Jahres von der Polizei eingekesselt. Als sich die Demonstrierenden nicht provozieren liessen, wurde der Kessel wieder geöffnet und die Demo konnte zurück zum Ausgangspunkt gehen. Nicht viel später nahm die Polizei eine Lärmklage zum Anlass, Leute an einer Party an der Mattenstrasse auf den Posten mitzunehmen. Die Begründung war, dass sie dem linksautonomen Spektrum zuzuordnen seien.

Weitere Ereignisse waren die Verhaftungen („Personenkontrollen“) vor, während und nach der Demonstration vom 3. Februar gegen die Diktatur in der Türkei und die Einschüchterung der Menschen, die die Bewilligung für die 8.-März-Demo in Basel einholen wollten: Die Polizei machte Druck auf sie und drohte „subversive Elemente“ aus der Demo rauszuholen. Zudem wurde das Lokal des Revolutionären Aufbaus durchsucht, versiegelt und bis zum Redaktionsschluss nicht freigegeben.

## Neuer Polizeikommandant

Natürlich fragt man sich in Basel, was plötzlich los ist. Repression gab es schon immer, aber das Verhältnis zwischen Vorfall und Reaktion hat sich doch verändert. Das scheint auch der Basler Tageswoche so, die eine ganze Artikelserie zum Thema veröffentlichten. Die vermehrte Repression wird da mit dem Wechsel des Kommandanten in Verbindung gebracht. Der neue Chef Martin Roth brüstet sich damit, nahe bei „seinen Leuten“ zu sein, will heissen, seinen Untergebenen. Es ist hinlänglich bekannt, dass PolizistInnen selten mit linkem Gedankengut sympathisieren. Scheinbar stiess es im Polizeikorps auf Unverständnis, wenn eine unbewilligte Demonstration nicht verhindert wurde, wenn sich die Polizei im Hintergrund hielt um zu deeskalieren, wie es jahrelang in Basel der Fall war. Es ist kein abwegiger Gedanke, dass sich ein Kommandant von den Hardlinern und Betonköpfen beeinflussen lässt, damit er besser akzeptiert wird.

## Spaltung

Doch das ist sicher nur ein Teil der Erklärung für die Zunahme der Repression. Ein weiterer Grund ist sicher, dass die linke Bewegung gespalten werden soll. Das wurde deutlich, als die Polizei drohte, die Frauen\*demo anzugreifen, wenn sie „subversive Elemente“ darin entdecken würde. Auch an der Türkei-Demo vom 3. Februar versuchte die Polizei gezielt gewisse Personen aus der Demo herauszupicken, was zum Teil verhindert werden konnte. In der vereinfachten Weltsicht der Polizei lässt sich wohl die „böse, gewalttätige“ Linke vom „lieben, friedlichen“ ganz einfach trennen. Dabei wird übersehen, dass die Anwendung von illegalen Mitteln („Gewalt gegen Sachen“) nicht in erster Linie an Personen gebunden ist, sondern überlegt in gewissen Situationen eingesetzt wird.



Vor einigen Jahren am 1. Mai in Zürich.

Die Spaltung soll nicht nur zwischen „gewaltbereiten“ und „friedlichen“ Linken gemacht werden, sondern auch zwischen „ausländischen“ und „schweizerischen“. Angesichts der aktuellen internationalen Lage geht es dabei vor allem um die linke kurdische und türkische Bewegung, die in Basel besonders stark ist. Bei den Festnahmen am 3. Februar behaupteten die Polizisten, die KurdInnen wollten nicht mit den SchweizerInnen zusammenarbeiten. Den KurdInnen sagten sie über eine Festgenommene, sie sei eine Bombenlegerin. Der Nachrichtendienst des Bundes (Geheimdienst) scheint sich davor zu fürchten, dass es vermehrt zur Zusammenarbeit zwischen den beiden Bewegungen kommen könnte. Da wissen wir, was wir zu tun haben.

## Hintergrundinfos

Am Donnerstag, den 1.3.2018, wurden im Auftrag der Staatsanwaltschaft Basel Stadt zwei Räume des Revolutionären Aufbau Schweiz in Basel und Zürich polizeilich durchsucht. In Basel ist dies die zweite Hausdurchsuchung innert kürzester Zeit, nachdem die Polizei bereits vor der Demonstration in Solidarität mit Afrin / Rojava in Basel am 2. Februar in das Lokal eindrang.

Bei den koordinierten Razzien waren die MieterInnen der Räume nicht anwesend. Die Repressionsbehörden wollten ihre Operation offenkundig durchziehen, ohne dass man ihnen auf die Finger schaut.

Die Staatsanwaltschaft verweigert die Herausgabe der Durchsuchungsbefehle. Entsprechend wissen wir bis heute noch nicht, was der Hintergrund dieses politischen Angriffs ist. Dies stellt eine Abweichung von der üblichen Praxis dar, bei welcher betroffenen Personen bei Hausdurchsuchungen Einblick in die entsprechenden Unterlagen gewährt wird.

Der Raum in Basel ist weiterhin polizeilich versiegelt. Von einer solidarischen Personen in der Nachbarschaft wissen wir jedoch, dass die Polizei vieles beschlagnahmt hat. In Zürich wurde unter anderem ein Computer beschlagnahmt.

## MERKE!

Nicht nur wir sind am 1. Mai auf der Strasse. Der Filmdienst, der mit der Einsatzzentrale verbunden ist: Eine Horde Zivis, die man einfach erkennt (Minolta) und nicht sehr mutig sind.



# Wir wissen, was du letzten Sommer gepostet hast

**ÜBERWACHUNG Demokratische Freiheiten sind sowas von Kalter Krieg! Gegen die erklärten Feinde «Dschihadist» oder «Sozial-schmarotzer» soll schnüffeln erlaubt werden, was dank moderner Technologie und entsprechendem Budget auch möglich ist.**

(az) Wir befinden uns in einer Zeit des politischen Skandals um private Unternehmen wie Facebook und Cambridge Analytica. Ob wir von der Wahl Trumps sprechen oder vom Brexit: Gemeinsam ist diesen grossen politischen Kampagnen, dass sie unter anderem dank der sozialen Netzwerke erfolgreich waren. Weil NutzerInnen immer gläserner werden und sich ihre Daten sammeln sowie auswerten lassen, sind derartige Entwicklungen nicht verblüffend. Auch der Schweizer Staat scheint von der Transparenz sehr angetan und möchte seine Gesetze so verändern, dass er mehr Daten sammeln und auswerten darf. Die Fülle an möglichen Informationen verführt sogar dazu zu behaupten, es könnten «Gefährder» ausgemacht werden - also Personen, die noch keine Straftat begangen haben, aber die Absicht haben könnten, eine zu begehen, deshalb also eine Gefahr darstellen. Oder eben auch nicht. Das ist egal, weil diese Art der Verfolgung auf reinen Indizien basiert und nicht den Anspruch hat, beweisbar zu sein. Sogar in «Minority Report», einem wirklich schlechten Film, der präventive Strafverfolgung zum Inhalt hat, wird diese als reine Willkür dargestellt und - so will es das happy end - abgeschafft.

## Aufgrund von Indizien

Aber die Gesetzgebung hinkt den Erkenntnissen der DrehbuchautorInnen hinterher. Wenn die Polizei also sagt, du seist verdächtig, dann bist du das auch. Das ist bereits so, allerdings kannst du jetzt aufgrund eines Verdachtes einige Stunden festgehalten werden, zukünftig soll es möglich sein, dir die Reisepapiere wegzunehmen, Hausarrest zu verfügen oder aber dir den Kontakt zu deinem «kriminogenen» Umfeld zu verbieten, alles nur, weil ein online-Schnüffler befunden hat, du seist ein «Gefährder» - die weibliche Form fehlt im Original, was Frauen aber kaum Schutz vor Verfolgung bieten wird. Im O-Ton: «Mit dem Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus (PMT) soll das polizeiliche Instrumentarium zur Gewährleistung der Sicherheit ausserhalb des Bereichs der Strafverfolgung verstärkt werden. (...) Radikalisierte Personen sollen daran gehindert werden, aus der Schweiz in eine ausländische Kampfzone auszureisen, und sie sollen vom kriminogenen Umfeld getrennt werden, mit dem sie in Beziehung stehen.» Ein überaus verblüffender Satz, denn alles, was ausserhalb des Bereichs der Strafverfolgung liegt, geht die Polizei überhaupt nichts an. Und wir müssen uns auch fragen: Könnte die ausländische Kampfzone auch Hamburg sein? Oder wo auch immer das nächste grössere Gipfeltreffen stattfinden wird?

## Bewegung in den Wolken

Mit dem neuen Gesetz darf die politische Polizei zukünftig tief in die Privatsphäre der Daten der Wohnbevölkerung vordringen. Allerdings fällt



Der Autor des Antikrieg-Romans *Catch 22* schrieb: Nur weil du paranoid bist, heisst das noch lange nicht, dass sie nicht hinter dir her sind.

das wohl gar nicht besonders auf. Privatsphäre hat so sehr an Bedeutung verloren, dass viele gar nicht mehr davon auszugehen scheinen, so etwas zu besitzen. Mensch legt beispielsweise seine Daten in der Cloud ab, schliesslich - so die verbreitete, fatalistische Haltung - wissen «sie» sowieso schon alles. Andere meinen optimistischer, ihre Daten seien zu uninteressant, um ausspioniert zu werden. Wahrscheinlich bist du, Leser oder Leserin des Aufbaus, die Ausnahme, die die Regel bestätigt und möchtest deine Daten nicht auf dem silbernen Tablett servieren. Aber ab und zu sind wohl dennoch einige von euch bequem und unvorsichtig. Ein Fehler, denn wer den Aufbau liest, gehört zur Zielgruppe der Überwachung. Auch wenn das Gesetz das Wort Dschihadisten im Titel trägt. Hand aufs Herz: Wer glaubt das? Um Gesetzesänderungen in Schwung zu bringen, wird immer auf das aktuell medial verfeindete Beispiel zurück gegriffen und das war vor einigen Jahren der Hooligan, im Moment ist es der islamistische Terrorist. Gemeint ist auch tatsächlich der Dschihadist, aber auch du und ich und der Hooligan und die Hausbesetzerin, der Tierbefreier und die Antifaschistin, in anderen Worten: Nicht nur die revolutionäre Linke, aber diese ganz bestimmt. Ist das paranoid? Ja sicher. Doch bei weitem nicht so paranoid wie die Gegenseite.

## Fetisch SozialschmarotzerInnen

Noch erschütternder ist allerdings, dass private Sozialdedektive weitreichende Befugnisse erhalten, offiziell um gegen «Sozialmissbrauch» zu untersuchen, faktisch aber einfach im Auftrag der Versicherungen und zwar nicht nur der Sozialversicherungen, sondern auch der Krankenkassen. Die beiden Kammern des Parlaments haben einen filmreifen Sprint hingelegt, um das Gesetz zu verabschieden, so dass es sogar dem Tages Anzeiger zu bunt wurde und zu recherchieren begann. Die Zeitung denunziert in der Folge, dass in der für die Vorlage zuständigen Gesundheits- und Sozialkommission lauter Versiche-

rungs-LobbyistInnen sitzen und diese das Gesetz im von der Suva geforderten Wortlaut durchzupeitschen versuchten. Das ist ihr auch beinahe gelungen, nur an zwei Stellen folgte der Gesamt-Ständerat seiner Kommission nicht: Die Überwachungszeit soll beschränkt und für die GPS-Tracker eine Verfügung des Richters nötig sein. Dennoch ein klarer Sieg der Versicherungen.

Die Sinnhaftigkeit dieser von den Versicherungen so vehement eingeforderten Massnahmen ist allerdings äusserst zweifelhaft. Schnüffeln kostet Geld, ziemlich sicher viel mehr als dadurch an Betrug aufgedeckt werden kann. Sibylle Berg, das Sprachrohr des Referendums, argumentiert korrekterweise, dass das Geld bei den Steuerhinterziehern zu holen wäre, ginge es um Geld. Es gehe aber um das Säen von Misstrauen. Wir würden noch ein bisschen weiter gehen und das als Anstoss zur Entsolidarisierung einerseits und andererseits besonders zur tiefen Verängstigung der BezügerInnen bezeichnen. Wer eine Leistung bezieht, soll sich stets überwacht fühlen, so dass niemand betrügt - das ist die Narration der Versicherungslobby - in Tat und Wahrheit wollen sie aber am liebsten, dass in vorauseilendem Gehorsam ganz auf die Leistung verzichtet wird.

Denn derartige Gesetze, sei es jenes gegen die vermuteten TerroristInnen oder gegen potentielle SozialmissbraucherInnen, sie wollen immer zuerst eines: Uns einschüchtern und uns vermitteln, die andere Seite sei übermächtig, sie wisse alles! Das war noch nie so und das wird auch nie so sein. Dennoch müssen wir uns wappnen und ihre Möglichkeiten kennen

## Radio Widerspruch



Immer am ersten Samstag im Monat geht die Sendung "Widerspruch" auf dem Winterthurer Radio Stadtfilter über den Äther (96.3.) bzw. übers Kabel(107.35) oder Internet ([www.stadtfilter.ch](http://www.stadtfilter.ch)).

Zwischen 16.00 und 18.00 wird jeweils über ein aktuelles politisches Thema berichtet und diskutiert. Ein politisches Musikprogramm und Veranstaltungstipps runden die Sendung ab.

[www.winterthur.aufbau.org](http://www.winterthur.aufbau.org)

# Bei den Armen spart die Bourgeoisie gerne

**SOZIALABBAU In Bern haben SVP und FDP gemeinsam Kürzungen der Sozialhilfe durchs Parlament gebracht. Da SP und Grüne das Referendum ergreifen werden, ist der definitive Ausgang noch offen, doch ist der Fall wichtig, da er eine Vorreiterrolle einnimmt.**

(az) Wer selber Sozialhilfe bezieht oder Menschen auf Sozialhilfe kennt, weiss genau, dass die Beiträge nicht üppig sind, es lässt sich schlecht bis recht davon leben. Das soll sich ändern, SozialhilfebezügerInnen sollen dermassen gestresst werden, dass sie jeden auch noch so miesen Job annehmen, nur um vom Sozialamt wegzukommen.

Begründet wird der soziale Kahlschlag aber selbstverständlich nicht damit, sondern mit der Notwendigkeit zu sparen, weil die Kosten dauernd steigen. Die Kostenexplosion liegt allerdings mitunter darin, dass alle Sozialversicherungen versuchen, sich die Kosten möglichst vom Hals zu halten. Viel Geld muss die

Sozialhilfe indes für die Wohnungsmieten und Krankenkassenprämien aufwenden: Wenn FDP und SVP in diesen Bereichen ähnlich hyperaktiv Reformen fordern würden, könnte die Sozialhilfe ernsthaft viel Geld sparen, billige Wohnungen und eine staatliche Krankenkasse wären eine konstruktive und logische Herangehensweise an das Problem. Doch geht es hier leider nicht um Logik, sondern um den reinen Klassenhass.

Gemäss der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (Skos) beträgt der Grundbedarf für den Lebensunterhalt einer Einzelperson 986 Franken im Monat. Dies obwohl eine Skos-Studie zum Resultat kommt, dass rund 100 Franken mehr nötig wären. Dass bereits mehrere Gemeinden aus der SKOS ausgetreten sind, stellt für den Kanton Bern das Einfallslos dar, noch einen Schritt weiterzugehen.

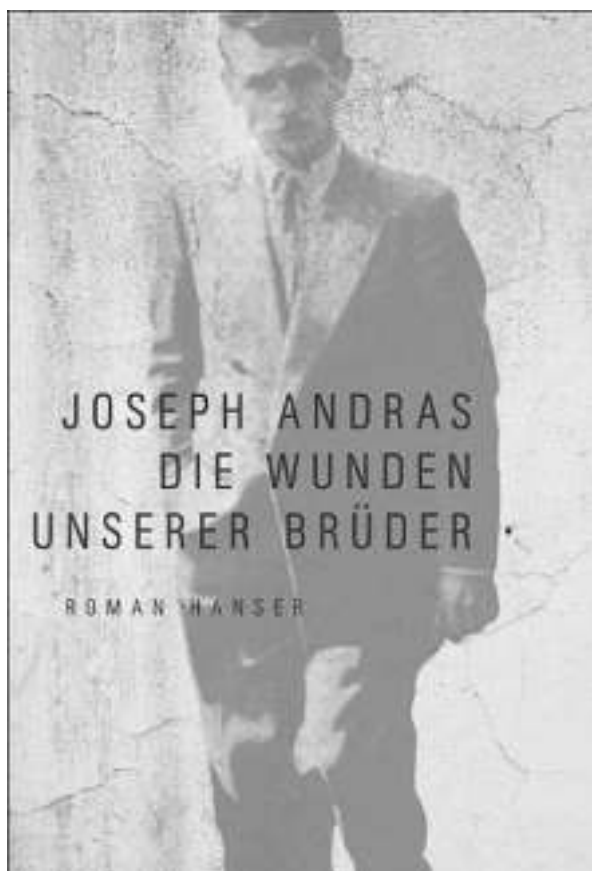
## Abscheu vor dem Abschaum

Was hier also gerade geschieht, ist ein Angriff auf die SozialhilfebezügerInnen der ganzen Schweiz, nicht nur auf jene Berns, es wird der Präzedenzfall

des Sozialabbaus ausgefochten. Und der liegt darin, die Richtlinien aus Prinzip zu unterschreiten. Das Berner Parlament verlangt eine Kürzung des Grundbedarfs um 8% auf 899 Franken pro Monat, noch mehr bei den jungen Erwachsenen zwischen 18 und 25 Jahren, ihnen sollen sogar 15% des Grundbedarfs weggekürzt werden. Sofern sie sich zu wenig um Integration auf dem Arbeitsmarkt bemühen, sieht Bern eine Kürzung von sogar 30% vor.

Es ist grundsätzlich störend, wenn bourgeoise ParlamentarierInnen, die wahrscheinlich nicht einmal fähig sind, im Zug 2. Klasse zu fahren, sich herausnehmen darüber zu urteilen, mit wie wenig Geld SozialhilfebezügerInnen zu leben hätten. Es bleibt nur zu hoffen, dass die Bourgeoisie das zu spüren bekommt. Klassenhass wird in beide Richtungen gelebt.





## Joseph Andras: Die Wunden unserer Brüder

Joseph Andras hat ein kurzes, intensives Buch über die wahre Geschichte einer politischen Hinrichtung geschrieben, über das Todesurteil gegen den kommunistischen Arbeiter Fernand Iveton von 1956/57. Der Fall zeigt besonders klar, wie scharf Repression auf Solidarität reagiert. Denn Fernand Iveton lebte in Algerien, war aber weiss. Obwohl er kein Arabisch konnte, betrachtete er sich als Algerier und Teil der Unabhängigkeitsbewegung - schliesslich war er auch da geboren.

Der französische Staat richtete ihn für den symbolischen Akt der versuchten Sabotage hin, was auch für die 50er Jahre ein überraschend hartes Urteil war. Im Innersten traf Iveton aber, dass weder seine Partei noch seine Gewerkschaft die CGT für ihn aufstanden. Für ihn war Solidarität eine selbstverständliche Notwendigkeit, weil er ja nicht in einem rassistisch gespaltenen Algerien leben wollte. Und diesen Grundsatz verstand er als Selbstverständlichkeit aller KommunistInnen. Bis zum Tag seiner Hinrichtung wartete er vergeblich auf eine Machtdemonstration der noch starken kommunistischen Partei Frankreichs, welche aber ausblieb. Die Spaltung, welche der französische Staat mit seiner Hinrichtung so drastisch untermauerte, wirkte. Sowohl die KPF, als auch die CGT und die KP Algeriens, in der weisse Proletarier wie Iveton organisiert waren, wollten auf keinen Fall mit einem «Terroristen» in Verbindung gebracht werden und liessen ihn fallen. Ein Franzose auf Seiten der Algerier war nicht tragbar.

Für KommunistInnen ist das Buch besonders lesenswert. Iveton ist geradezu eine Idealfigur: Bewusster Proletarier, integer, zurückhaltend und bescheiden, voller Lebensfreude, an der Zukunft der Welt interessiert. An seiner Seite seine Frau Hélène, eine Polin, die aufgrund ihrer Vergangenheit eine Gegnerin des offiziellen Kommunismus ist, doch die Perspektive ihres Mannes unterscheidet sich davon und sie kämpft erbittert für ihn, mit allen Mitteln, die ihr zur Verfügung stehen. Schliesslich die offizielle Politik, mitten im Kalten Krieg. Und so liegt die schwere Aufgabe auf Fernand Iveton und diesem Buch, den Kommunismus zu rehabilitieren, was ihm gelingt. Gute, anständige Menschen sind KommunistInnen, allerdings ganz und gar nicht alle!

Das Buch besticht jedoch nicht nur durch seinen Inhalt, sondern auch durch Schreibstil und Komposition. Sabotage, Gefangenschaft, Verhandlung, Lebens- und Liebesgeschichte sind miteinander verbunden und bewegend erzählt, ohne pathetisch zu sein, auch wenn wir jetzt diesen Eindruck geweckt haben sollten. Eine alte Geschichte, die zeitlos ist.

Joseph Andras: Die Wunden unserer Brüder, 2017 Hanser Verlag.



## Sebastian Lotzer: Begrabt mein Herz am Heinrichplatz

Im Gegensatz zur Musik gehört Literatur nicht zu den kulturellen Feldern, die von der deutschsprachigen politischen Widerstandsbewegung besonders produktiv bewirtschaftet werden. Sebastian Lotzers (ein Pseudonym) erste «Autonomenprosa», wie dessen Text in einer Rezension charakterisiert wird, gehört zu den Ausnahmen hiervon.

In Begrabt mein Herz am Heinrichplatz wird über 45 Szenen hinweg die Geschichte der autonomen Bewegung der 80er und 90er Jahre in Berlin Kreuzberg geschildert. Frei Erfundenes und tatsächlich Erlebtes vermischt sich dabei zu einer literarischen Bestandsaufnahme, die vor allem eins im Blickwinkel hat: Die Militanz. Ein gewichtiger Teil der Szenen handeln von Strassenschlachten und Aktionen. Diese einengende Perspektive, die viele Bestandteile der Häuser-Bewegung ausblendet, dient der Vermittlung einer politischen Lektion: Die Niedergang der militanten linken Bewegung und damit eine Verschiebung dessen, was als legitimer Teil der politischen Auseinandersetzung erscheint, gehört in Lotzers Augen zu den grössten Verlusten der sich verändernden politischen Lage. Eine weitere Rezension brachte diese Lektion mit einem Beispiel treffend auf den Punkt: Die Auseinandersetzungen am G20 in Hamburg hätten bei Lotzers Protagonisten wohl nur ein müdes Lächeln hervorgehoben.

Indem sich das Buch auf Strassenmilitanz konzentriert, vermag der Eindruck einer Romantisierung von Gewalt entstehen – in diese Richtung wurde der Roman in einigen Rezensionen kritisiert. Diese Romantisierung entsteht aber nicht unbedingt, weil Lotzer dies besonders stark forcieren würde – das Buch vermittelt über seinen Protagonisten durchaus bewusst die stets vorhandenen Widersprüche der militanten Bewegung –, sondern mindestens ebenso sehr weil die Strassenkämpfe in Berlin vor zwanzig Jahren tatsächlich intensiver waren, als sie heute noch erlebt werden können. Wer wollte, konnte sich stundenlang mit der Polizei messen, und zwischendurch auch mal gemütlich etwas trinken gehen. Dass dies bei all jenen, die solche Auseinandersetzungen vermissen, zu nostalgischen Gefühlen veranlasst, steht nicht in Frage. Doch nicht um den Selbstzweck der Gewalt geht es Lotzer, sondern um deren legitime Anwendung in der politischen Auseinandersetzung. Um einer falschen Romantisierung zusätzlich entgegenzutreten, erstellte der Verlag beziehungsweise der Autor eine zum Buch dazugehörige Website (<http://heinrichplatz.bahoebooks.net/>), die eine Quellensammlung zu den jeweiligen Szenen anbietet und so eine historische Einordnung ermöglicht.

Sebastian Lotzer: Begrabt mein Herz am Heinrichplatz. 2017 Bahoe Books.



## Dietmar Dath: Karl Marx

Vom zweihundertsten Geburtstag von Karl Marx scheint auch der Buchmarkt profitieren zu wollen. Dietmar Daths hundertseitiges Essay zu Karl Marx, erschienen im Reclam-Verlag, gehört zu jenen Büchern, die extra für das Jubiläumsjahr produziert wurden. Es ist bei weitem nicht die einzige Einführung in das Werk und Leben von Marx und wer sich in dessen Schaffen ein wenig auskennt, wird auch bei Dath nicht viel Neues vorfinden. Als kompakter und leicht geschriebener Überblick ist es dennoch zu empfehlen, und sei es auch nur als kurzweiliges Lesevergnügen oder als Geschenk für künftige oder angehende MarxistInnen.

Dass Daths Essay zu Marx lesenswert ist, liegt vor allem an seiner Herangehensweise. So verknüpft Dath persönliche Erfahrung, wie er zu Marx gekommen ist, mit Erklärungsansätzen über die Aktualität marxistischer Theorie. Dath beginnt sein Essay mit einer Unterscheidung von «kalter» und «heisser Wut», wie er beides als Jugendlicher selbst erfahren habe. Während die heisse Wut zur impulsiven Tat drängt, etwa indem man verhassten LehrerInnen Streiche spielt, fordert deren kalte Variante eine Analyse der Situation, beispielsweise indem man die Schwächen seiner GegnerInnen erkennt und sich dieses Wissen in der Praxis zu Nutzen macht. Die Analogie dazu findet sich im Werk von Marx, der durchaus von heisser Wut auf die herrschenden Zustände angespornt zur kalten Wut der Analyse des Kapitalismus gelangte. Im zweiten Kapitel wechselt Dath die Perspektive und zeichnet unter dem Titel «von den Ideen zur Praxis» Marx biographischen Gang vom Junghegelianer zum historischen Materialisten nach. Das dritte Kapitel widmet sich relativ kurz den klassischen marxistischen Ökonomie-Begriffen, wie etwa dem Wert und Mehrwert, und ist im Gegensatz zu anderen Stellen eher komplex. Im letzten Kapitel kommt Dath schliesslich kurz auf das Weiterleben von Marx zu sprechen.

Daths Essay endet mit der Erkenntnis, dass sich auch der Kapitalismus nicht sofort durchsetzen konnte und es lange brauchte, bis sich die Bourgeoisie als Klasse fand. Analog dazu steht auch das Verhältnis des angestrebten sozialistischen Projektes zu seiner eigenen, nicht immer fehlerfreien Tradition. Nicht aufgeben lautet Daths Devise, sondern „neue, bessere Fehler“ zu machen. Ein Ansporn, dem man gerne folgen will.

Dietmar Dath: Karl Marx. 2018 Reclam-Verlag.

# Von Menschen und mechanischen Hunden

TV-SERIE **Der Streamingdienst Netflix widmet sich mit seiner Serie Black Mirror von technologischem Fortschritt angetriebenen, dystopischen Szenarien in der nahen Zukunft. Die hier besprochene Episode Metalhead liess sich dabei kräftig von russischer science-fiction Literatur und der cineastischen Ästhetik Andrei Tarkovskys inspirieren.**

(agkkzh) Die Kamera folgt einem Personenwagen, der sich durch eine postapokalyptische Einöde bewegt. Das Bild ist in scharzweiss gehalten, die drei Insassen wechseln einige spärliche Worte. Das Auto kommt vor einer scheinbar verlassenen Fabrikhalle zu stehen. Die Art und Weise, wie sich die Figuren, nachdem sie das Fahrzeug verlassen haben, durch die Szenerie bewegen, erinnert sofort an das Picknick am Wegesrand der Strugatzki Brüder, beziehungsweise dessen Verfilmung durch Andrei Tarkovsky. Sogleich wähnt man sich in der berüchtigten Zone, dem Ort, wo einst Ausserirdische auf der Erde einen Zwischenhalt eingelegt haben und die für den Menschen ungreifbare Gefahren bereithält. Gleich der Hauptfigur des Romans wirft einer der Protagonisten einen Stein, um zu sehen, ob die geheimnisvolle Umgebung auf diesen Stimulus reagiert. Die Luft scheint rein und die Gruppe bewegt sich vorsichtig in die Fabrikhalle. Hier treffen sie auf eine im Jargon der Truppe als ‚Hund‘ bezeichnete Killerdrohne. Um den ZuschauerInnen die Effizienz dieses Monstrums zu demonstrieren, werden zwei der drei Akteure sogleich von der Drohne ausgelöscht.

## Auf der Flucht

Für den Rest der Episode begleiten wir Bella, die Überlebende des anfänglichen Kontakts mit der Drohne, auf ihrer Flucht. Ihr Umgang mit dem mechanischen Gegner lässt weitere Parallelen zum Werk der Strugatzkis erkennen. So gibt sie einem hochkomplexen Gerät, dessen Funktionsweise sie nicht ansatzweise versteht, einen simplen Namen: ‚Hund‘. Ebenso verhalten sich die Figuren im Picknick am Wegesrand. Sie geben den Objekten und Vorkommnissen in der Zone Namen wie ‚Fliegenklatsche‘ oder ‚Hexensäule‘. Diese Bezeichnungen verraten die Ahnungslosigkeit der Menschen im Angesicht ihnen unverständlicher Technologie. Der Höhepunkt der Hilflosigkeit der Protagonistin wird erreicht, als sie sich, als letzten Ausweg vor dem artifizialen Killerhund, auf einen Baum retten muss. Hier wird der Mensch in Gegenwart der hochentwickelten Technik wieder zum Affen. Gleichzeitig sehen wir an diesem Punkt den ersten Moment der Selbstermächtigung der Hauptfigur. Bella bewirft den Roboter, der aufgrund eines defekten Beins den Baum nicht zu erklimmen vermag, mit kleinen Gegenständen, um ihn so zu konstanter Aktivität zu verleiten, was schliesslich seine Batterie leert. Die Rückbesinnung auf das Natürliche, veranschaulicht durch das Besteigen des Baums, ermöglicht der Protagonistin, sich gegen die alles verzehrende Technik zur Wehr zu setzen. Doch der vermeintliche Sieg ist nur von kurzer Dauer, die Drohne lädt sich bei Tagesanbruch mithilfe eingebauter Sonnenkollektoren wieder auf und Bellas Flucht setzt sich fort.

## Letztes Refugium

Im letzten Abschnitt findet Bella Zuflucht in einer verlassenen Villa. Während sie den Zaun überwinden und die Schlüssel zur Eingangstür mithilfe einer Angel aus dem Briefschlitz fischen muss, verbindet sich der Roboter einfach mit dem elektronischen Überwachungssystem des Anwesens und tritt so problemlos ein. Das smart house wird der Heldin zum Verhängnis. Ungeachtet dessen findet Bella die Zeit, sich auf die finale Konfrontation mit der Maschine vorzubereiten. Ein Kübel Farbe hilft ihr, die optische Sensorik des Hundes lahmzulegen. Der Drohne, welche nun bloss noch akustisch wahrnehmen kann, wird mithilfe des Autoradios des vor der Villa geparkten Geländewagens eine Falle gestellt. Dies ist einer der seltenen Momente, in dem das Geschehen musikalisch untermalt ist. So wird hier das Lied Golden Brown, die vom Cembalo getriebene HITSingle der englischen Punkband the Stranglers, gespielt. Bella gelingt es schliesslich den Roboter auszuschalten. Dieser lässt jedoch, kurz vor seinem Ableben, eine kleine Granate explodieren, deren Schrapnell mit Sendern ausgestattet ist. Die Heldin, verletzt durch die Granate und so ein markiertes Ziel für die restlichen Drohnen des Rudels, muss sich mit der Ausweglosigkeit



Heldin Bella blickt in eine ungewisse Zukunft

der Situation abfinden. Sie wird sich niemals gegen eine ganze Meute von Killerrobotern zur Wehr setzen können. So endet die Episode mit der Niederlage der Protagonistin gegen die übermächtige Technik.

## Mainstream mit progressiven Anleihen

Es ist interessant zu beobachten, wie sich der Streamingdienst Netflix, der sich der Produktion massentauglicher Erzeugnisse verschrieben hat, auf Inhalte und Ästhetik progressiver Literatur- und Filmkultur bezieht. Das Werk von Arkadi und Boris Strugatzki, sowie dessen filmische Adaption durch den sowjetischen Filmemacher Andrei Tarkovsky, können klar als Vorbilder von Metalhead identifiziert werden. Die cineastische Darstellung der postapokalyptischen Welt in Metalhead erinnert sofort an Tarkovskys visuelle Umsetzung der Zone aus Picknick am Wegesrand. Es wird eine natürliche Landschaft gezeigt, die wenigen Artefakte menschlicher Kultur sind zerfallen, sin im Begriff sich aufzulösen. Der Mensch hat hier nicht mehr das Sagen. Die Bedrohung durch das Unbekannte glänzt vor allem durch ihre Verborgenheit, nur selten manifestiert sie sich für den Beobachter, wie etwa am Beispiel des Roboterhundes. Ebenfalls wird auf eine Erörterung des Ist-Zustands völlig verzichtet. Was hier vor sich geht können sich die Protagonisten schlicht nicht erklären, es liegt weit jenseits ihres intellektuellen Horizonts. Es geht im Picknick am Wegesrand sowie in Metalhead darum, wie der Mensch mit Dingen und Zuständen umgeht, die sich seinem Verstand entziehen. Selbstverständlich ist nicht die ganze Inspiration für Metalhead kulturhistorischer Natur. Das Design des künstlichen Killerhundes orientiert sich an den Produkten des amerikanischen Technologiekonzerns Boston Dynamics. Dieser zeigt auf seinem Youtube Kanal schon heute hundeähnliche Drohnen, die sich autonom bewegen, miteinander kooperieren und einfache Probleme, wie etwa das Öffnen einer Türe, bewältigen können.

## Ein durchkalkuliertes Produkt

Dass den KonsumentInnen ein Produkt, welches die Abgründe der Robotik thematisiert, vorgesetzt wird, ist keinesfalls ein Zufall. Netflix ist nicht nur der führende Streamingdienst, sondern hat auch Pionierarbeit in der Auswertung riesiger Mengen von Verbraucherdaten geleistet. Als Netflix seine erste Erfolgsserie House of Cards, eine im Weissen Haus angesiedelte Politatsire, in Auftrag gab, ging dem ein langwieriger Prozess der Datenanalyse voraus. So liess Dave Hastings, Vorsitzender der Datenanalyseabteilung von Netflix, verlauten, dass heutzutage kein multimillionen Investment getätigt wird ohne die vorhergehende Analyse einer riesigen Datenmenge. Das Streamingportal weiss, welche Serien und Filme uns sonst noch gefallen, wann und wo

wir welche Angebote konsumieren und wie oft wir auf Pause drücken um eine Tüte Kartoffelchips zu holen. Aus diesen Daten lässt sich ein Produkt kreieren, das perfekt auf die VerbraucherInnen zugeschnitten ist. Die entsprechenden Algorithmen zur Empfehlung neuer Produkte sorgen dafür, dass die KonsumentInnen verlässlich darauf aufmerksam gemacht werden, dass ihre neue Lieblingsserie endlich auf Netflix zu sehen ist. Es kann natürlich sein, dass die ZuschauerInnen noch nicht wissen, dass es sich um ihre neue Lieblingsserie handelt, doch der Algorithmus liegt selten falsch. Die Freiheit, wählen zu können scheint in der digitalen Ära bloss noch ein Relikt vergangener Zeiten zu sein. In der politischen Dimension zeigt sich, dass die ungebremste, nicht hinterfragte Entwicklung potentiell gefährlicher Technologien von einer breiten Masse als problematisch empfunden wird. Sonst würde ein Produkt, das sich mit ebendiesen Ängsten auseinandersetzt, nicht marktfähig werden. Eine nach marktwirtschaftlicher Logik funktionierende Technologiebranche wird sich keine ethischen Fragen stellen, es geht letztlich einzig um den Profit. Hier manifestiert sich der Anknüpfungspunkt revolutionärer Politik. Es geht darum Entwicklungen zu hinterfragen, Gegenklärung zu leisten bezüglich der Lebensrealität der digitalisierten Gesellschaft, sozioökonomische Zwänge aufzubrechen und so die Perspektive eines selbstbestimmten Lebens, fernab der Bevormundung und Gefährdung durch Technologiegiganten, zu entwickeln.

## Hintergrundinfos

Arkadi und Boris Strugatsky (28.08.1925-12.10.1991/14.04.1933-19.11.2012) waren sowjetische Autoren. Der Roman Picknick am Wegesrand zählt zu den erfolgreichsten Werken der Brüder. In der von ihnen entworfenen Gesellschaft der Welt des Mittags skizzieren sie ausserdem das Ideal einer hochentwickelten, kommunistisch organisierten Zukunftsgesellschaft. Ihr Schaffen gehört zum Kanon der science fiction Literatur.

Andrei Tarkovsky (04.04.1932-29.12.1986) war ein stilprägender sowjetischer Regisseur. Die filmische Adaption des Romans Picknick am Wegesrand, getragen durch Tarkovskys poetische Bildsprache, wurde zum Klassiker des science fiction Kinos. Weitere Bekanntheit erlangte er u.A. durch die Verfilmung von Stanislaw Lems Solaris.

**Verkaufsstellen Schweiz:** Kasama, Militärstrasse 87a, 8004 Zürich / Aufbau-Vertrieb, Kanonengasse 35, 8004 Zürich / Atropa Buchhandlung, Kirchplatz 2, 8400 Winterthur / Buchhandlung am Helvetiaplatz, Stauffacherstrasse 60, 8026 Zürich 4 / Hirschmatt-Buchhandlung, Hirschmattstrasse 26, 6003 Luzern / Infoladen Romp, Steinenstrasse 17, 6000 Luzern / Buchhandlung Comedia, Katharinengasse 20, 9004 St. Gallen / Buchhandlung Waser, Rümelinplatz 17, 4001 Basel / Aufbau-Vertrieb, Bläsiring 86, 4007 Basel.

**Verkaufsstellen Deutschland:** Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 29357 Hamburg / Infocafé Gasparitsch, Rotenbergstrasse 125, 70190 Stuttgart / Infoladen im Linken Zentrum, Böblingerstr. 105D - 70199 Stuttgart-Heslach / Buchladen Le Sabot, Breite Str. 76, 53111 Bonn / Infobüro, c/o Bücherkiste, Schlehengasse 6, 90402 Nürnberg / Buchladen Georgi Dimitroff, Speyerer Str. 23, 60327 Frankfurt / Basis Buchhandlung, Adalbertstr. 41-43, 80799 München / Buchladen M99, Manteuffelstr. 99, 10999 Berlin / Buchhandlung O21, Oranienstr. 21, 10999 Berlin.